Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, und durch Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen Mk. 2.50, frei ins Haus Mk. 2.02, wo keine Post am Orte, Mk. 3.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Inseratengebühr beträgt für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Pfennige, für Vereins- und Versammlungsanzeigen 15 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 1206.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Nr. 1206.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 1. Mittwoch, den 3. Januar 1906. 17. Jahrgang.

KÖNIGLICHE UND UNIVERSITÄTS BIBLIOTHEK BRESLAU

1906. 2190.

Arbeiterpflicht!

Ein Jahr, das sich in der Geschichte sehen lassen wird können, ein Jahr der gewaltigsten Ereignisse und größten Kämpfe ging zu Ende. Dinge sind geschehen in diesem einen Jahre, Entwickelungen haben sich durchgesetzt, wie sie sonst kaum ein Jahrzehnt hervorbringt: ein Jahr ist es, das folgenreich wirken wird in weite Zeiten. Und es bestärkt von neuem die alte Gewißheit, daß die Entwickelung der Völker und Staaten vor allem durch die Kraft der Arbeiterklasse erfolgt, daß in dem modernen Proletariat die gewaltige Energie begründet ist, welche allein die Umgestaltung des Alten, die Bildung des Neuen bewirkt. Die russische Revolution, wessen Werk ist sie als wie das der namenlosen Proletarier? Die große, in ihrer Art nicht minder geschichtliche Reform der österreichischen Verfassung, wer hat sie in den Mittelpunkt der Politik dieses Staates gesetzt als wie das Proletariat der Völker Oesterreichs? Von wem wäre der Antrieb zu der Wahlreformbewegung in Ungarn ausgegangen, wenn nicht die Arbeiter dieses Problem auf die Tagesordnung gestellt hätten? Und die Flamme, einmal entzündet, leuchtet weiter. In Sachsen und in Preußen kämpft die Arbeiterschaft gegen das Wahlunrecht im Lande, in Italien rüstet sie sich zur Erstürmung der letzten Bastillen der Wahlrechtsbeschränkung, und in England zieht, zum ersten Male, die Arbeiterschaft als selbständige Partei in den Wahlkampf. Für das alte Europa ist die Stunde der letzten politischen Umgestaltung angebrochen, und so groß die Zeit ist, in der wir leben, noch Größeres und Gewaltigeres mag sie in ihrem Schoße tragen.

Wodurch ist all das möglich geworden, wie ist aus den verachteten und mit allen Hunden gehetzten Arbeitern die unermeßliche Macht geworden, die der Zeit den Stempel aufdrückt? Was all das vollbracht hat, ist die schlichte Sache, deren Wert und Sinn jeder Arbeiter in jedem Augenblicke seines persönlichen Lebens empfindet und kennen lernt: die Organisation der Arbeiterschaft. Deshalb werden wir nicht über den großen Kämpfen die erste und heiligste Pflicht vergessen dürfen, die Vorbereitung aller Kämpfe: die Stärkung und Weiterbildung unserer Organisationen, welche die scharfe Wehr sind in dem persönlichen, beruflichen und politischen Schicksal des einzelnen Arbeiters und ihrer Gesamtheit, der Klasse der Arbeiter. Wir werden unsere politische Organisation, die überall den schönsten Aufschwung nimmt, so ausbauen, daß sie in jedem Augenblick schlagfertig ist, denn wir wissen, daß wir im kommenden Jahre die Agitation für das allgemeine, gleiche Wahlrecht auszufechten haben. Nicht minder dringend ist der Ausbau der gewerkschaftlichen Organisation, der als Ziel vorschweben muß, daß jeder Arbeiter organisiert ist, jeder eingefügt wird als Glied in die große Armee, welche das Erreichte bewacht und weiteren Aufstieg vorbereitet und vollzieht. Kein Zweig unserer Tätigkeit soll unbebaut bleiben: die Agitation unter den Frauen soll ebenso gefördert werden wie die nicht minder bedeutsame unter der Jugend. Keinen kann die Partei missen, jede Kraft muß sie entfesseln und alle Kräfte muß sie sammeln. An die erprobten Kämpfer geht der Mahnruf wie an die Zagen und Gleichgiltigen: an jene, daß sie in ihrer unermüdlichen und dankenswerten Arbeit nicht erlahmen, an diese, daß sie stoßen mögen zu dem großen Heere, das aufwärts den Weg der Befreiung zieht. In die Herzen aller arbeitenden Menschen muß tief versenkt werden das Gefühl der unlöslichen und unerschütterlichen Zugehörigkeit zur Organisation!

Alle Einzeltätigkeiten des proletarischen Lebens und Kampfes verbindet die Presse zu einer Einheit; sie schlingt das geistige Band um alle Teile und Körper und bringt zum Ausdruck, was an Willen und Kraft, an Hoffen und Sehnsucht in der Arbeiterklasse lebt. Die Arbeiterpresse ist nicht unberührt geblieben von dem belebenden Feuer, das in so herrlicher Weise unser gesamtes Wirken ergriffen hat, sie hat große Fortschritte zu verzeichnen; aber dennoch ist gerade hier, dem schwersten Teile unserer Arbeit, noch viel zu leisten. Mit der Neugestaltung des Wahlrechts wird die Aufgabe immer dringender werden, an Stelle der dann vielleicht nicht zureichenden Wochenblätter an manchen Punkten Tageblätter zu schaffen, wird in einem raschen Anlauf das erreicht werden müssen, zu was die Notwendigkeit sonst vielleicht langsamer eingetreten wäre. Aber die Entwickelung, Ausgestaltung und Kräftigung der Parteipresse ist nur möglich durch die wirksame, hingebende, tatkräftige Unterstützung der Parteigenossen; ist nur möglich, wenn jeder Arbeiter sich als Pflicht und Ziel setzt, seine Presse unermüdlich zu stützen und zu fördern. Und deshalb richtet die Partei an die Genossen die dringende Mahnung, überall die Parteipresse zu unterstützen, den Parteiblättern Leser und Abnehmer zu werben, für ihren Ausbau zu sorgen und dieses Werkzeug unserer Arbeit auf die Stufe zu bringen, von wo es erst die ihm zugewiesene Aufgabe völlig erfüllen kann.

Diese Mahnung und Bitte sei auch für die „Volkswacht“ ausgesprochen. Mit immer werktätigerer Teilnahme schließen sich die Breslauer Arbeiter, die naturgemäß den Kern ihrer Leser und Abnehmer bilden, an ihr Blatt an, und mit freudiger Genugtuung können wir von einem stetig fortschreitenden Anwachsen unserer Abnehmerzahl berichten. Aber wie viel ist da noch zu leisten! Noch immer steht der Kreis der um ihr Blatt gescharten Arbeiter in Breslau hinter anderen Großstädten zurück, noch immer greift hier die geistesträge Gewohnheit nach einer frechpfiffigen Schmutzpresse, die sich den Anschein der Unparteilichkeit gibt, aber in ihrer Oberflächlichkeit, in ihrem geistigen und sozialen Unwert, in ihrer Spekulation auf die niedrigsten Instinkte der schlimmste Feind der klassenbewußten Arbeiterschaft ist. Das soll und muß anders werden! Wir wissen, daß nichts so schwer auszurotten ist als eine schlechte Gewohnheit — und die Lektüre dieser antisozialen Winkelpresse ist wirklich nichts anderes als eine schlechte Gewohnheit — und daß gerade hier der bewußte Genosse mit einem Wust von Vorurteilen zu kämpfen hat, dem mit Vernunftgründen, mit Parteipflicht, mit der Berufung auf die Achtung vor sich selbst nicht leicht beizukommen ist. Aber doch dringt die Erkenntnis immer weiter und tiefer: daß jeder Arbeiter zu der Presse der Arbeiter gehört, daß es für den Arbeiter nur eine Zeitung geben kann, die Zeitung der Arbeiter! Und diese Erkenntnis ist für unser Blatt, das nichts sein will als das Blatt der Arbeiter, die beste und stärkste Werbekraft, und sie wird das vollbringen, was unser Ziel ist: daß in dem Heim jedes Arbeiters seine Zeitung zu finden sein wird als seine Waffe, als sein vertrauter Genosse, als Berater in ernsten Stunden, als Verkünder seines Hoffens!

Politische Uebersicht.

Die Religion, das Volk und die hohen Herrschaften! Die Prinzessin Ena von Battenberg, von der behauptet wird, daß sie sich mit dem König Alfons von Spanien vermählen wird, ist jüngst mit ihrer Mutter nach Rom gereist, um zur römisch-katholischen Konfession überzutreten. Darüber ist der „Reichsb.“ sehr empört. Und er schreibt sich seine Entrüstung in einem „Fürstliche Uebertritte“ betitelten Artikel vom Herzen, aus dem folgende Sätze hervorgehoben zu werden verdienen:

„Und dazu gibt sich eine protestantische Prinzessin her? Sie wird nicht nur ihren Glauben abschwören, sie wird nicht nur römisches Wesen für wahres Christentum erklären, sie wird auch eintreten in den Kampf gegen den Glauben ihrer Väter und gegen die Ueberzeugung, der sie auch einmal Treue gelobt hat am Tage ihrer Konfirmation vor Gottes Angesicht. Heiliger Zorn und tiefste Scham müssen uns Evangelische ergreifen, daß sich immer wieder gerade evangelische Prinzessinnen dazu hergeben, um des vergänglichen und oft recht zweifelhaften Glanzes einer Krone willen ihren Glauben zu wechseln und in die römisch- oder griechisch-katholische Kirche einzutreten. In evangelischen Ländern, wie in Sachsen und Württemberg, wird es dem Volke ohne weiteres zugemutet, eine katholische Dynastie anzunehmen, wenn durch Mischehe oder Uebertritt die Dynastie katholisch wird. Aber in katholischen Ländern wird unerbittlich die Reinhaltung der Dynastie im katholischen Bekenntnis verlangt. In Rußland und in Griechenland, in Rumänien, Sachsen und demnächst in Spanien thronen lauter Fürstinnen, die entweder selbst schon den Glaubenswechsel vollzogen haben oder ihren Kindern die Kleinodien evangelischen Glaubenslebens entziehen. **Welch ein trauriges Vorbild für das Volk!** Was nützt aller Kampf in Mischehen, alle Ermahnung zur Treue gegen die evangelische Kirche, so lange von oben her mit solchem Beispiele vorangegangen wird! Und wie werden dadurch die Gewissen verwirrt, wenn sie sehen, wie die Fürstenhäuser um äußerer Vorteile willen Untreue üben gegen ihre Kirche, der sie Treue gelobt haben. Wann wird die Zeit kommen, in der sich keine evangelische Prinzessin mehr findet, die um einer Fürstenkrone willen

Stefan vom Grillenhof.

Roman von M. Kautsky.

(Nachdruck verboten.)

Es war am Abend des zweiten Juli, als sich vom Hauptquartier aus die Truppen in Bewegung setzten. Sie überschritten die Elbe und besetzten die Höhen von Chlum und die im Halbkreis herumliegenden Dörfer, durch welche die Bistritz und die Tretina fließen. Es war eine starke, günstige Stellung und Benedek hielt sie für uneinnehmbar. Sechshundert gezogene Geschütze waren stellenweise übereinander aufgestellt und an allen wichtigen Punkten war die Waldung, die zwischen Feldern und Dörfern das ganze ansteigende Terrain bedeckte, derart lichtet, daß sie den heranrückenden Preußen keinen Schutz gewähren konnte, sondern dieselben dem wohlgezielten Feuer der Oesterreicher bloßstellte. So durfte Benedek hoffen, den anstürmenden Feind mit ungeheuren Verlusten zum Rückzuge zu nötigen. Das zweite und dritte Korps, Steirer und Oberösterreicher, befand sich am rechten Flügel. Alle Truppen bivouakierten im Freien. Unbestimmt hoben sich die Umrisse des Lagers von dem nächtlichen Himmel. Feuer durfte vorsichtshalber nicht angezündet werden, und die Nacht war dunkel und wolkig. Hier und da fing es an zu regnen, ein scharfer Nordwind fegte über die Höhen und durchschüttete die Mannschaft bis auf die Knochen. Sie lagen in ihre Mäntel gehüllt auf dem feuchten, schlammigen Boden, den Tornister als Kopfkissen benützend. Die wenigsten vermochten zu schlafen. Es war die Erwartung, die Erregung vor der Schlacht, die ihre Nerven nicht zur Ruhe kommen ließ. Alle wußten, daß mit dem ersten Frühlicht ein heftiger, blutiger Kampf beginnen werde, der die Entscheidung bringen mußte für das Reich, die Entscheidung über Leben und Tod eines jeden einzelnen. In all' diesen jungen Körpern fieberte es. Die verschiedenartigsten Gemütsaffekte durchwühlten Kopf und Herz dieser Menschen. Viele gedachten mit Wehmut ihrer Lieben daheim und trafen ihre letzten Verfügungen; andere fühlten sich vor Angst unwohl, und die Abergläubischen unter ihnen, und deren gab's nicht wenige, befühlten ihre Amulette und Kreuze und flüsterten die Gebete, die sie kugelfest machen sollten; wieder andere konnten den Moment des Losschlagens nicht erwarten, wenigstens taten sie so. Es waren die Ehrgeizigen, sie rechneten auf Beförderung, auf Kreuze und Orden. Jedes Wort der Furcht, jede Mißbilligung, jede unmilitärische Reflexion überhaupt war strenge untersagt, und jeder, der sich dergleichen unterfing, sollte augenblicklich niedergestoßen werden; sie sprachen sich also möglicherweise gegenseitig Mut ein und suchten sich gewaltsam für ihre Sache zu erregen und zu begeistern. Fast jeder wußte von einem Unrecht, einer Beleidigung oder einem Schaden zu erzählen, der ihm, oder seinem Vater, oder doch seinem Großvater, oder sonst jemand, der ihm lieb war, dereinst von so einem nichtsnutzigen Preußen zugefügt worden wäre. Alte, uralte und meistens auch unwahre Geschichten wurden da aufgewärmt und erfunden, aber sie taten ihre Schuldigkeit, sie entflammten den Haß, die Wut gegen die feindliche Nation. Keiner von denen, die ihnen morgen gegenüberstehen sollten, kein einziger vielleicht, hatte einem von ihnen jemals etwas zu leide getan, aber sie haßten sich gegenseitig, sie haßten sich alle und sannen auf ihr Verderben. Der lange Seph und der weißköpfige Anton zählten zu den wenigen, die in diesem Augenblick harmloseren Empfindungen Raum gaben: sie hatten sich in einer kleinen, grasbewachsenen Mulde einen Platz erobert und lagen nun nebeneinander, die Ellenbogen aufgestemmt, auf dem Bauche. Der Lange rekapitulierte sein junges Leben und er fand, daß es, wenn er auch sein Lebtag von Kindesbeinen an niemand hatte, der sich um ihn gekümmert, dennoch lustig war; es war mit lecken, lustigen Streichen aller Art angefüllt und war eigentlich eine einzige Prügelei zu nennen. Diese Rückschau schien ihn höchlich zu befriedigen, und er gab mit sehr viel Humor — es war vielleicht nur Galgenhumor — und einigen dichterischen Ausschmückungen dem zuhorchenden Anton eine Auslese seiner „Kraftstückeln“ zum besten.

„Meiner Seel', ich bin doch eigentlich ein verfluchter Kerl g'wesen, gelt, Toni?“ sagte er mit einiger Selbstbewunderung. „Aber gib acht, die Preußen, die sopp' ich auf ein' andre Art. Ich glaub' schier, es wär' das beste, ich lass' mich von ihnen fangen; dann müssens mich füttern. Herrgott! Dann sollens die Hungerleider erst erfahren, was so ein echter österreichischer Aelpler fressen kann, grausen soll ihnen davor! Aber bis sie mich fangen, da werd' ich mich vorher viel ducken müssen; ja, das Ducken, das halt' ich für die Hauptsach', gelt, Toni?“

Dieser nickte wie ein Pagode beständig mit dem Kopf, ob es wäre schwierig gewesen, zu entscheiden, ob dies eine Bejahung für die Theorie seines Freundes, eine Zustimmung zu seinen Taten oder vielleicht nur ein trübseliges Nicken zu seinen eigenen heimlichen Betrachtungen war.

Zwei ihrer Nachbarn nach rechts hatten ein Spiel Karten hervorgezogen und spielten „Halberzwölf“ um die Ehre, denn Geld hatten sie keins mehr.

Stefan lag ihnen zur Linken. Er hatte den Tornister unter den Kopf gesteckt und hielt die Augen halb geschlossen; er dachte an Valerie. Als er nahende Schritte vernahm, sah er auf. Er erkannte die breitschultrige, kräftige Gestalt Hans Wachtlers, der ihn zu suchen schien. Augenblicklich war er auf den Beinen, und den Mantel zurücklassend, ging er ihm entgegen.

„Ich kann nicht schlafen“, sagte Hans mit unterdrückter Stimme; „wenn es Ihnen ebenso geht, so möchte ich wohl eine halbe Stunde mit Ihnen verplaudern.“

Stefan, der durch dies Entgegenkommen freudig berührt ward, versicherte, daß er auch nicht schlafen könne und daß ihm leichter ums Herz würde, wenn er wieder einmal in das Auge eines Freundes blicke.

„Dann kommen Sie,“ sagte Hans.

Das Bataillon, in das sie eingereiht waren, befand sich, wie schon gesagt, am äußersten rechten Flügel; es lag sehr östlich. Sie gingen in dieser Richtung einige hundert Schritte fort; sie gingen hart nebeneinander, langsam und vorsichtig, bis sie über die Lagernden hinaus waren; dann machten sie plötzlich halt. Sie waren der Lagerwache sehr nahe gekommen und durften sich nicht weiter wagen, wenn sie nicht angerufen werden wollten. Sie setzten sich auf den umgehauenen Stamm einer mächtigen Buche; so saßen sie eine Weile, schweigend und regungslos, und blickten von ihrem hohen Standort in die Nacht hinaus. Der Wind blies scharf, er zerriß immer wieder die schwarzen, sich zusammenballenden Wolken, dann trat auf Augenblicke der Vollmond hervor und beleuchtete mit seinem hellen, bläulichen Lichte weithin die düstere Szenerie. Die Anhöhe war von Bäumen entblößt; sie lagen noch teilweise umher und breiteten ihre verstümmelten Aeste über dem Boden aus, der aufgewühlt und zerstampft war. Die hier erbauten Häuser und Hütten waren niedergerissen worden, ihre Bewohner hatten sich geflüchtet. Auch in den Dörfern unter ihnen, soweit sie sahen, wo vor Tagen noch blühende Ortschaften gestanden, waren die Spuren des allzerstörenden Krieges sichtbar. Nichts Lebendes gab es jetzt da unten, alles war davongezogen, Mensch und Tier; überall Verwüstung, Verödung! Zwischen den Wiesen hindurch blinkte ein Silberstrich, es waren die im Mondlichte erglänzenden Fluten der rasch dahinströmenden Bistritz, deren Rauschen bis zu ihnen herauftönte. Dort sah man in weiter Ferne schwere, rötliche Wolkenmassen langsam aufsteigen; dort war wohl ein brennendes Gehöfte, das von den heranziehenden Feinden, aus strategischen Rücksichten vielleicht, war angezündet worden. Dies Bild war von einer düsteren, schauerlichen Phantastik, es wirkte ganz verschiedenartig auf die Betrachtenden.

Hans fühlte sich unendlich traurig, weich und versöhnlich gestimmt. Er gedachte des ungezählten Jammers, den dieser Krieg, der nur wenige Tage erst gedauert, schon verursacht; er gedachte der morgigen Schlacht und seiner neuen Opfer. Stefans Haltung sprach kalte Entschlossenheit aus. Seine Augen schienen vergrößert, und um den sonst so fröhlichen Mund lagerte jetzt ein Zug von Herbheit und Bitterkeit. Er fühlte von den nächsten Stunden Schreckliches zu erwarten, aber er war auf das Schlimmste gefaßt.

(Fortsetzung folgt.)

Ihren Glauben verleugnet? Welch ein verantwortungsvolles und bedeutungsvolles Gebiet für die Tätigkeit der Hofprediger, ihren fürstlichen Beichtkindern das Gewissen zu schärfen und sie schon in den Kinderjahren fest zu machen gegen alle Lockungen und Versuchungen zum Glaubenswechsel! Aber es ist auch hohe Zeit, daß die evangelische Kirche in ihren berufenen Vertretungen laut ihre Stimme erhebt gegen diese Verachtung und Geringschätzung des evangelischen Glaubens! Wenn erst einmal die andersgläubigen Fürsten erfahren, daß sie keine evangelische Prinzessin mehr zum überzeugungslosen und darum verächtlichen Glaubenswechsel bereit finden, werden auch katholische Fürsten und Völker davon Abstand nehmen, mit solchem Anspruch an evangelische Prinzessinnen heranzutreten."

Dem Volke soll die Religion erhalten bleiben, Arbeiter sollen sich nach Religion und Konfession getrennt organisieren, in der Schule wird die konfessionelle Teilung durchgeführt, selbst Sträflinge erhalten nur streng konfessionelle Lektüre — auf dem Thron aber, da wechselt man den Glauben wie das Hemd um der Heirat mit einem Mächtigen willen, und ohnmächtig verhallt dabei der Protest gekränkter Pietät. Sehr lehrreich für das gemeine Volk, sehr lehrreich!

Der verkehrte Schiller — das neueste Pfaffenstückchen. Aus Aachen wird geschrieben:

Der Direktor des hiesigen Stadttheaters hatte an zwei Nachmittagen den hiesigen Volksschülern und Volksschülerinnen den Besuch von Aufführungen von „Wilhelm Tell" freigegeben. Einzelne katholische Geistliche hatten indes gegen diese Aufführungen Front gemacht, und die Kinder, die den Konfirmandenunterricht besuchen, blieben vielfach vom Theaterbesuch ausgeschlossen. In bestimmten Klassen hatten die Kinder nachher einen Aufsatz über die gewonnenen Eindrücke niederzuschreiben, und soll es wiederholt vorgekommen sein, daß Kinder nicht den Mut besaßen, ihrem Lehrer zu sagen, daß sie infolge des Verlangens ihrer Seelsorger der Vorstellung ferngeblieben seien. Diese unglücklichen Opfer der Schiller-Verkehrung fertigten alsdann die Aufsätze nach den Erzählungen ihrer Mitschüler an. — Man vergleiche diese Frömmigkeit mit vorstehendem Artikel.

Podbielskis Erfolge. Aus Düsseldorf wird geschrieben: Im Monat November stellte sich der durchschnittliche Fleischverbrauch pro Kopf der hiesigen Bevölkerung auf 5,72 Kilogramm gegen 6,13 Kilogramm in demselben Zeitraume des Vorjahres. Geschlachtet wurden 4263 Stück Schweine weniger als im November 1904, dagegen ist der Pferdefleischkonsum von 192 auf 231 Stück gestiegen.

Das sind die Erfolge unserer arbeiterfreundlichen Regierung!

Die preußischen Lehrer über das Schulverfassungsgesetz. Schulunterhaltungsgesetz nennt man den Gesetzentwurf, der dem preußischen Abgeordnetenhause vorliegt, — Schulverfassungsgesetz wäre eine zutreffendere Bezeichnung. Denn die Verfassung der Volksschule ist der Hauptzweck dieses Gesetzes, — und zugleich die unerläßliche Bedingung, unter der die Junker des Dreiklassenparlaments in eine Regelung der Schulunterhaltung einwilligen wollen.

Unter dem Eindruck dieser Sachlage stand der dritte preußische Lehrertag, der am Freitag in Berlin zusammentrat. Er hatte über die Wünsche und Verbesserungsvorschläge zu beschließen, die die preußische Lehrerschaft zu diesem Gesetzentwurf vorbringen will. Der Ton, auf den die Debatten gestimmt waren, erinnerte an das Sprichwort von der Bescheidenheit, die „eine Zier" ist. Doch die Lehrer hielten es für ratsamer, bestehendes Sprichwort dahin zu variieren, daß man mit ihr „weiter kommt". Sie hätten wohl gern ihr volles Herz ausgeschüttet und ohne Einschränkung gefordert, was sie für richtig halten — aber sie getrauten sichs nicht, weil sie fürchten, dann vielleicht garnichts zu kriegen. Und bezeichnenderweise fielen auch dann die Beschlüsse aus.

Die Erörterung der Frage, wer die Schullasten aufzubringen hat, ließ die ganze Misere unseres preußischen Volksschulwesens erkennen. Von einer gleichmäßigen und reichlicheren Dotierung kann, wenn die Bestimmungen dieses Entwurfs Gesetz werden, noch lange keine Rede sein. Nach wie vor wird das Schulpatronat für die Junker ein „billiges Vergnügen" sein. Laut und vernehmlich ertönte auf diesem Lehrertage der Ruf nach der Staatsschule, wenn auch die vorsichtige Einschränkung hingefügt wurde, daß sie zur Zeit noch nicht möglich sei und im übrigen ihre großen Gefahren habe.

Den breitesten Raum in den Verhandlungen beanspruchte die Debatte über die Konfessionalisierung der Volksschule. Der Lehrertag ging von der Voraussetzung aus, daß ohne diese Zugabe auf Annahme des Gesetzes nicht zu rechnen sei. Um nun nicht die endliche „Regelung" der Schulunterhaltung, die das Gesetz bringt, zu gefährden, begnügte man sich mit einigen Abänderungsvorschlägen, die „die Sache erträglicher machen" sollen. Doch hätte man vergessen, wenigstens grundsätzliche Verwahrung gegen diese Verquickung von Schulunterhaltungsgesetz und Verfassungsgesetz einzulegen; erst ein Antrag des Lehrers Otto-Charlottenburg holte das Versäumte nach. Sehr interessant war das Geständnis des Lehrers Abg. Wolgast, daß in der Religionsstunde der Lehrer oft unterrichten müsse, was er selbst nicht glaube. Die Lehrer bekräftigten das durch stürmische Zustimmung. Hiernach hätte man glauben sollen, daß der Lehrertag die Entfernung des Religionsunterrichtes aus der Schule fordern werde, aber davon war keine Rede. Die Lehrer hatten sich ja vorgenommen, bescheiden zu sein. Dieselben Lehrer, die Herrn Wolgast's Geständnis mit einer aus tiefstem Herzen kommenden Zustimmungskundgebung begleiteten, werden nach Neujahr in ihre Schulen zurückkehren und ihren Zöglingen vorpredigen, was sie „selber nicht glauben".

Den Schluß dieses Lehrertages bildeten die Verhandlungen über die leidige Besoldungsfrage. Der Gegensatz zwischen Stadtlehrer und Landlehrer, der in der Frage der Schulunterhaltung und der Schulverfassung nur wenig zu merken ist, tritt in der Besoldungsfrage mit unerfreulicher Deutlichkeit hervor. Auch hier zeigt sich, daß das „Reale" mächtiger ist als alle „Ideale".

Das Ergebnis der Verhandlungen des dritten preußischen Lehrertages ist gerade in dem wichtigsten Punkt, in seiner Stellungnahme zu den Verfassungsbestrebungen, durch die der Volksschule und dem „Volke" „die Religion erhalten" werden soll, eine bedauerliche Halbheit. Sie kann nur die Wirkung haben, dem Junkertum und Muckertum den Mut noch zu erhöhen.

Enteignung Eingeborener. Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht eine kaiserliche Verordnung, betr. die Einziehung von dem Vermögen Eingeborener im südwestafrikanischen Schutzgebiet vom 26. Dezember 1905. § 1 der Verordnung bestimmt, daß das Stammesvermögen solcher Eingeborenen, welche gegen die Regierung, gegen Nichteingeborene oder gegen andere Eingeborene kriegerisch-feindselige Handlungen begangen oder bei diesen Handlungen mittelbaren oder unmittelbaren Beistand geleistet haben, einschließlich der nach der Verordnung, betreffend die Schaffung von Eingeborenen-Reservaten vom 10. April 1898 gebildeten Reservate, ganz oder teilweise eingezogen werden kann. Die Einziehung wird durch den Gouverneur verfügt. Die übrigen 11 Paragraphen enthalten nähere Bestimmungen bezüglich des Einziehungsverfahrens. — Hier wird die Enteignung zum geheiligten Gesetz — Macht geht eben vor Recht.

Das gefährdete Herzogtum Gotha. Auch die zweite Senatorwahl in Waltershausen, die Wahl des sozialdemokratischen Fabrikarbeiters Jäger, hat die Bestätigung des Staatsministeriums nicht erhalten. Der frühere bürgerliche Senator Heincke wurde von der Regierung als städtischer Senator und Vertreter des Bürgermeisters bestellt. Wird der Staat nun Ruhe haben? Wir glauben kaum.

O welche Lust, Soldat zu sein. Von Ende September bis Ende Dezember 1905 wurde die gerichtliche Bestrafung von 30 Soldatenquälern bekannt. An Strafen wurden ausgesprochen: 4 Jahre 6 Monate 5 Tage Gefängnis, 6 Monate 11 Tage mittlerer Arrest, 2 Monate 6 Tage gelinder Arrest, 1 Monat 28 Tage Stubenarrest, 2 Monate Festungshaft, 5 Degradationen. Im ganzen betrug der Freiheitsentzug 5 Jahre 6 Monate 20 Tage.

Auf Preußen treffen 4 Jahre 1 Monat 15 Tage Gefängnis, 6 Monate 5 Tage mittlerer Arrest, 1 Monat 15 Tage gelinder Arrest, 8 Tage Stubenarrest, 4 Degradationen. (22 Vorgesetzte, darunter 1 Offizier); auf Bayern 4 Monate 20 Tage Gefängnis, 8 Tage Stubenarrest, 2 Monate Festungshaft, 1 Degradation (4 Vorgesetzte, darunter 2 Offiziere); auf Sachsen 6 Tage mittlerer Arrest, 21 Tage gelinder Arrest, 1 Monat 12 Tage Stubenarrest (4 Vorgesetzte, darunter ein Offizier).

Die bestraften Offiziere sind: Preußischer Oberleutnant Trützschler v. Falkenstein 8 Tage Stubenarrest, Oberleutnant Oppelt vom bayerischen 10. Infanterie-Regiment 2 Monate Festungshaft, Oberleutnant Rheinwald vom bayerischen 17. Infanterie-Regiment 8 Tage Stubenarrest, Hauptmann Ludwig Max Feller vom sächsischen Schützen-Regiment Nr. 108, 6 Wochen Stubenarrest. Der Herr Hauptmann hat die von ihm beobachteten Soldatenquälereien seines Unteroffiziers Erler nicht gemeldet und ließ sich außerdem selbst vorschriftswidrige Behandlung von Untergebenen und Beleidigung eines Untergebenen zu schulden kommen.

Im Jahre **1905** überhaupt wurde die gerichtliche Verurteilung von **169** Soldatenquälern, die zusammen einen Freiheitsentzug von **41** Jahren **2** Monaten und **19** Tagen erlitten, bekannt.

Die Bestrafungen der Soldatenschinder waren zumeist unglaublich mild. So hatte das Kriegsgericht der 10. Division den Unteroffizier Schubinski vom Fußartillerie-Regiment Nr. 5 wegen Mißhandlung usw. Untergebener in 177 Fällen, in Worten: einhundertsiebenundsiebzig Fällen, mit ganzen 3 Monaten Gefängnis bestraft. Und das Oberkriegsgericht setzte die Strafe auf 43 Tage Gefängnis herab, nachdem es „nur" 174 Fälle festgestellt hatte. Der Unteroffizier Tiet und der Gefreite Stern des Garderegiments Nr. 4 brachten den Rekruten Elbin mit ihren Quälereien so weit, daß der Mißhandelte einen Selbstmordversuch unternahm. Trotzdem kam der Unteroffizier mit 3 Monaten Gefängnis und der Gefreite mit 18 Tagen mittlerem Arrest davon! Auch im Jahre 1905 hat Herr v. Einem sein Versprechen, daß er die Mißhandlungen aus der Armee hinausbringen werde, nicht eingelöst. Ob es ihm noch gelingen wird?

Ein Versuch mit der städtischen Aufzucht von Schweinen soll im nächsten Jahre auch in Karlsruhe gemacht werden. Nach der Mitteilung des Oberbürgermeisters wird das Unternehmen bei fünfzig Schweinen einen Aufwand von 4300 Mk. verursachen, dem eine Einnahme aus dem Verkauf der Schweine von 6650 Mk. entsprechen soll, so daß sich ein Gewinn von 2350 Mk. ergeben würde.

Eine eigene Zahnklinik für ihre Versicherten wird die Landesversicherungsanstalt Berlin demnächst errichten.

Ersatzwahl. Für den verstorbenen wildliberalen Landtagsabgeordneten Gräle wurde in Annaberg i. S. der freisinnige Lithograph und Stadtverordnete Roch mit 40 Stimmen zum Landtagsabgeordneten gewählt. Der nationalliberale Kandidat erhielt 25 Stimmen. Es wählten die bisherigen Wahlmänner.

Es geschehen Zeichen und Wunder! Für das bayerische Arbeitersängerbundesfest, das zu Pfingsten in Regensburg stattfindet, hat der dortige Stadtmagistrat einen Zuschuß von 1000 Mk. bewilligt, ebenso stellt er einen Festplatz zur Verfügung.

Südafrikanische Sylvesterliste. Ein amtliches Telegramm aus Windhuk meldet folgende Verluste unserer Truppen in Südwestafrika: Verwundet: Am 20. Dezember beim Ueberfall der Pferdewache bei Bindeverwacht: Reiter Adolf Stadie. — Am 22. Dezember bei einem Ueberfall der Pferdewache bei Kreuzerspunz-Konjas: Reiter Johann Brunnquell, Reiter Wilhelm Bündner. Am Typhus gestorben: Reiter Georg Höllenbach.

Im Schweiße deines Angesichts sollst du — Dividenden erarbeiten. Die November-Dividenden von 21 Metallminen und -Anlagen in den Vereinigten Staaten von Nordamerika belaufen sich bei einem Kapital von 285,702,985 Dollar auf 4,433,862 Dollar. Die gleichen Unternehmungen haben für die ersten elf Monate dieses Jahres Dividenden von insgesamt 16,999,365 Dollar zur Verteilung gebracht. Nahezu die Hälfte des obigen Totalbetrages, nämlich 8,988,950 Dollar, entfällt auf Dividendenzahlungen dreier Kupfergesellschaften.

Die drei Gesellschaften schlucken demnach in diesem Jahre zirka 50,000,000 Mark Dividenden. Davon könnten bei einem Einkommen von 1000 Mark, das in Preußen kaum von jedem zehnten Einwohner erzielt wird, 50,000 Familien existieren. Die kapitalistische Ordnung als Idealzustand zu preisen, haben — einige Leute wirklich alle Ursache.

Ein Held. Der Agitationskalender für das Land, den unsere ostpreußischen Genossen herausgegeben haben, fand reißenden Absatz. 60,000 Exemplare wurden in Ostpreußen selbst, 30,000 in Westpreußen und 12,000 in Posen verbreitet. In der arbeitenden Landbevölkerung fand er allgemeine Anerkennung; als Anerkennung muß es auch angesehen werden, daß er bei den Drohnen der Gesellschaft das selbstverständlich erwartete Mißfallen hervorrief.

Eine solche Ordnungsstütze schrieb dem Genossen Linde aus Gumbinnen einen Brief, in dem es heißt:

„In Gumbinnen schicken Sie solch Dreck man lieber nicht, da ist er schlecht angekommen und würden Sie selbst kommen, Sie würden gleich gehängt werden, das glauben Sie nur, hier sind alle sehr zufrieden und möchten Sie wohl kommen Unheil anstiften? Sie Urheber alles Schlechten. Nun wissen Sie doch auch, was die Gumbinner von Ihnen so wie von Ihrem „Landboten" denken. Abtender ich, Empfänger Du."

Genosse Linde kam nun wirklich nach Gumbinnen und hielt dort eine Versammlung ab. Er ist noch ungehenkt! — Der Held der ihm den Drohbrief schrieb, lag vermutlich unter dem Bett oder, steckte hinter einem Schrank, solange der gefährliche Sozialdemokrat in der Stadt weilte.

Schwere Strafen. Der während der Dresdner Straßendemonstration in der Nacht zum 17. Dezember verhaftete 21jährige Metalldrucker Ernst Alwin Schreiter aus Scharfenstein wurde von der 6. Strafkammer in Dresden wegen Aufruhrs und Aufreizung zum tätlichen Angriff, schwerer Beamtenbeleidigung, Straßenlärms und unbefugten Tragens eines Dolches zu 3 Jahren Gefängnis und 2 Wochen Haft verurteilt. Ferner wurde aus gleichem Anlaß der Bauarbeiter Ernst August Steuer zu 2 Jahren, 6 Monaten Gefängnis verurteilt. — Nähere Einzelheiten zu diesen furchtbaren Urteilen fehlen noch.

Ein „Deserteur." Vor dem Kriegsgericht der 16. Division in Trier stand dieser Tage ein vierzig Jahre alter Mann, der Arbeiter Hartmann, unter der Anklage der Fahnenflucht. Er war vor zwanzig Jahren, nachdem er kaum eine Woche eingezogen war, nach Luxemburg desertiert. Dort heiratete er schließlich, und jetzt ist er Vater von acht Kindern, die zum Teil schon dem militärpflichtigen Alter sich nähern. Seine Familie lebte in sehr ärmlichen Verhältnissen, zuletzt in Algringen, diesseits der lothringisch-luxemburgischen Grenze. Nun hatte die Polizei davon Wind bekommen, daß Hartmann häufig unter dem Schutze der Nacht über die deutsche Grenze komme, um seine Familie zu besuchen. Man stellte das Haus unter Bewachung, und so wurde Hartmann festgenommen. Das Kriegsgericht verurteilte ihn zu einem Jahre Gefängnis. Er wird den Christenstaat loben!

Ausland.

Die Trennung von Kirche und Staat in Frankreich. Wie die „Agence Havas" aus Paris meldet, hat der französische Ministerrat beschlossen, daß die Mitglieder des Klerus auf Grund des Gesetzes betreffend die Trennung von Kirche und Staat an den offiziellen Empfängen am 1. Januar nicht mehr teilnehmen sollen.

Fünf französische Kardinäle übermittelten einer Meldung des „Debats" zufolge dem Papste ihren Beschluß, dem Gesetz betreffend die Trennung von Staat und Kirche keinen Widerstand zu leisten, im Fall das Gesetz dem Geiste und dem Buchstaben entsprechend angewendet werde.

Das Weißbuch des Vatikans über die Trennung von Kirche und Staat in Frankreich ist in Rom ausgegeben worden. Dasselbe besteht aus einem Exposee und 47 Belägen. Das Exposee enthält die Vorrede und neun Kapitel nebst einem Anhang. Das Buch hat 273 Seiten.

Arbeiterbewegung.

Die Aussperrung sämtlicher Arbeiter in der Schuhfabrik von Hammer in Dresden wurde am Donnerstag durch Vergleich beendet.

Die Lohnbewegung der Zuschneider in den Herforder Konfektionsgeschäften ist beendet worden. Es wurden Lohnaufbesserungen von 1 bis 2 Mark pro Woche gewährt. Der Mindestwochenlohn wurde auf 20 Mark festgesetzt.

Die Buchbinder in Aachen haben mit ihren Arbeitgebern einen auf drei Jahre giltigen Tarifvertrag abgeschlossen. Der Mindestlohn beträgt bei den jüngsten Gehilfen wöchentlich 13 Mark, ältere Gehilfen erhalten mindestens 21 Mark. Wer diesen Wochenlohn bereits verdient, erhält eine Lohnaufbesserung von 25 Prozent. Auch für die Arbeiterinnen wurden feste Löhne festgesetzt. Für Ueberstunden werden 25 Prozent mehr bezahlt, für Nachtarbeit 50 Prozent und für Sonntagsarbeiten 75 Prozent. Die Arbeitszeit wurde auf täglich 9 Stunden festgesetzt.

Eine Arbeitslosenzählung veranstaltet der Gewerkverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter (Hirsch-Duncker) für das 4. Quartal 1905. Es soll genau festgestellt werden, wieviel Mitglieder am letzten Tage des Quartals, also am 31. Dezember, arbeitslos waren und wieviel sich am 31. Dezember auf der Durchreise bei den Ortskassierern meldeten. Außerdem soll festgestellt werden, wieviel Mitglieder im 4. Quartal 1905 insgesamt arbeitslos waren. Nicht in Betracht kommen bei der Zählung die durch Streiks und Aussperrungen arbeitslosen Mitglieder.

Die Lohnbewegung der Zimmerer in Swinemünde wurde nach dreitägigem Streik für die Ausständigen erfolgreich beendet. In der Hauptsache wurde eine Lohnerhöhung von 42½ Pf. auf 45 Pf. zugesagt. Die neuen Lohn- und Arbeitsbedingungen traten bereits bei der letzten Lohnzahlung in Kraft.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 2. Januar.

* **Postalische Schildbürgerei.** Seit Jahren ersucht die hiesige Postverwaltung das korrespondierende Publikum, bei Sendungen nach Breslau und im Ortsverkehr zum Zwecke leichteren und schnelleren Sortierens auch die Nummer des Bestellamtes anzugeben. Es wird nun gewiß mancher glauben, die Postverwaltung trägt auch für die Verbreitung der Kenntnis der Straßeneinteilung Sorge durch Gratisabgabe gedruckter Exemplare an Interessenten. Weit gefehlt. Aber dann bekommt man doch wenigstens für gutes Geld das Verzeichnis an den Postschaltern zu kaufen? Durchaus nicht Straßenverzeichnisse von — Berlin sind käuflich zu haben, wer aber ein Straßenverzeichnis von Breslau erstehen

will, wird an eine Privatdruckerei verwiesen. Erinnert das nicht ein klein wenig an Schildberg?

Was geht vor?

Unter den Vorlagen, welche der Magistrat dem Stadtverordneten-Kollegium zum neuen Jahre einbeschert hat, befindet sich als wichtigste eine, welche um das grundsätzliche Einverständnis der Stadtverordneten-Versammlung mit dem Plane nachsucht, daß

1. vom 1. April 1906 ab, das die Summe von 660 Mk. jährlich nicht übersteigende Einkommen unbesteuert bleibt und
2. unter Aufhebung der Erhebung der Steuern in den Wohnungen der Abgabepflichtigen durch die Steuererheber vom 1. April 1907 ab alle Steuern und sonstigen Abgaben bei einer der im Stadtbezirk zu errichtenden Zahlstellen in Vierteljahrsraten vom Abgabepflichtigen zu entrichten sind.

Das bedeutet also die Befreiung der untersten Einkommensstufe von der Steuerpflicht und dann die Beseitigung des Systems der Steuererheber oder „Serviser", wie sie im Breslauer Volksmund genannt werden.

Mit beiden Maßnahmen könnten auch wir Sozialdemokraten einverstanden sein. Denn es entspricht nur unserer oft geäußerten Forderung, die niedrigen Einkommen, die sowieso kaum zum Lebensunterhalt ausreichen, nicht noch mit Abgaben zu belasten. Aber es entspricht nicht unserer Forderung, die Proletarier, die schon durch ihre geringe Entlohnung ein großes Opfer für die Allgemeinheit bringen müssen, nun auch noch von jeder Mitbestimmung der Gemeinde auszuschließen. Nun hat zwar die Stadtgemeinde nicht die Macht, dieser untersten Steuerstufe das Stadtverordneten-Wahlrecht zu gewähren, das ihr durch preußisches Landesgesetz entzogen ist, wohl aber hat die Stadt die Möglichkeit, das Wahlrecht auszudehnen auf alle diejenigen, die mehr als 660 Mk. Einkommen beziehen. Nachdem die Stadt im Prozeßwege dazu gezwungen worden war, hatte man bisher ja auch in Breslau den Arbeitern das Gemeinde-Wahlrecht eingeräumt, soweit sie mit Jahreseinkommen von 660 Mark zur Steuer veranlagt waren. Dieses Recht wird durch den vorliegenden Antrag des Magistrats noch nicht gefährdet, wohl aber durch die Begründung, welche dem Antrage beigegeben ist. Nach einer Aufzählung der Erwägungen, die zu dem Antrage geführt haben und die vor allem in der Uneintreibbarkeit der Steuern gipfeln (bei 63,000 Steuerpflichtigen bis zur 900 Mk.-Stufe mußten im Jahre 1904 55,497 Mahnverfahren eingeleitet werden), sagt der Magistrat in der Begründung u. a.:

Da das **Gemeindewahlrecht den Einkommen bis 660 Mark ohnehin nicht zusteht**, so will der Magistrat **zunächst (!)** die unterste Stufe gemeindesteuerfrei lassen.

Zunächst?! Das soll also doch wohl heißen, daß man in der Umgebung des Herrn Bender daran denkt, in absehbarer Zeit auch den übrigen Proletariern „Steuerfreiheit" auf Kosten des Wahlrechts zu „gewähren". Dagegen uns zu wehren, haben wir aber allen Anlaß. Und der Magistrat wird wohl nicht umhin können, dieses Wort „zunächst" näher zu deklarieren. Es trifft sich eigenartig, daß der Magistrat diese Andeutung über seine zukünftigen Pläne just zu einer Zeit macht, da das preußische Proletariat in eine Aktion zu gunsten des allgemeinen gleichen und geheimen Wahlrechts zum Landesparlament eintritt. Da sollte doch der „freisinnige" Magistrat ein solch gewagtes Spiel unterlassen, das zwar der frühere Gehilfe Benders und freisinnige Kämmerer von Breslau, jetziger Oberbürgermeister von Königsberg in Ostpreußen, Herr Körte, mit einigem Glück probiert hat, das aber in diese Zeit, wo man „russisch spricht", nicht mehr passen dürfte. Wie gesagt, gegen die Freilassung der niedrigen Einkommen von der Steuer und gegen die Abschaffung des Einholungssystems läßt sich von unserem Standpunkt aus nichts einwenden. Aber ganz entschieden und mit allem Nachdruck protestieren wir schon jetzt gegen die Andeutung, daß auch den wahlberechtigten Arbeitern durch das Danaergeschenk der „Steuerfreiheit" das städtische Wahlrecht entzogen würde! Diese Steuerfreiheit bedeutet doch nur die Freiheit von direkten Steuern, während an deren Stelle die indirekte Belastung durch hohes Wassergeld und planmäßige Begünstigung der Hausbesitzer treten werde. Dagegen können die Arbeiter nicht früh und nicht energisch genug Front machen!

Für die Opfer der russischen Wirren

will der Magistrat auch ein Scherflein beitragen. Er hat nämlich nach offiziöser Mitteilung beschlossen a) von 5000 Mark für die Opfer die russischen Wirren in Rußland, b) von 5000 Mk. für Unterstützung der aus Rußland ausgewiesenen deutschen Reichsangehörigen zu beantragen. — In den gedruckten Vorlagen für die Stadtverordneten-Versammlung finden wir über diesen Beschluß des Magirats noch nichts bemerkt.

Schiller-Prämien für Volksschüler.

Der Magistrat beantragt bei der Stadtverordneten-Versammlung, daß die infolge des verunglückten Schillerfestzuges übrig gebliebenen 1500 Mk. zinsbar angelegt werden und aus den Zinsen alljährlich für ausscheidende tüchtige Volksschüler und Volksschülerinnen Prämien in Gestalt einzelner Schiller'scher Werke gestiftet werden. An der Annahme dieses Vorschlages ist kaum zu zweifeln.

* **Die Diskutier-Abende des sozialdemokratischen Vereins** werden erst in nächster Woche wieder aufgenommen. Der erste Abend findet also am Mittwoch, den **10.** (nicht, wie verabredet, am 3.) Januar statt, dem sich dann die übrigen anschließen. Wir bitten die Teilnehmer, dies zu beachten und sich rechtzeitig und vollzählig einfinden zu wollen.

An sämtliche Gewerkschafts-Vorstände!

Nach Rücksprache mit dem Kartellvorsitzenden bitten wir die Gewerkschaftsvorstände in Breslau dringend, so schnell wie möglich festzustellen, wieviel ihrer Mitglieder in den letzten Jahren wegen Streikvergehen (§ 153) verurteilt worden sind. Wir bitten ferner, hinzuzufügen, aus welchen Gründen die Verurteilung erfolgte und ersuchen, das Resultat sofort der Redaktion der „Volkswacht" zu übermitteln. Am 10. Januar findet eine öffentliche Protest-Versammlung statt gegen die Art und Weise, in der den Arbeitern das Koalitionsrecht geraubt wird. Für diese Versammlung sollen obige Feststellungen als Material dienen.

* **Konzert Vecsey.** Wie uns die Konzert-Direktion Bial, Freund u. Co. (Inh. A. Blumenreich) mitteilt, wird der junge Violin-Virtuose Franz von Vecsey bei dem Donnerstag, den 11. Januar 1906 angesetzten Konzert-Abend außer dem D-dur-Konzert von Paganini die Bach'sche Chaconne, sowie Wieniawski's Trillo du Diablo zu Gehör bringen. Franz von Vecsey, der im vorigen Jahre in Berlin sieben ausverkaufte Konzerte gab, wird auch hier von seinem ständigen Gesellschafter, dem Pianisten Schmidt-Badekow begleitet, der seinerseits Solostücke von Bach, d'Albert und Liszt zum Vortrag bringt. Die nicht durch Abonnement belegten Plätze gelangen zu den Preisen von 5, 4, 3 und 1.50 Mk. durch das Verkehrsbureau Barasch und die Buchhandlung Bial, Freund u. Co. (Inh. A. Blumenreich) zur Ausgabe.

Aus Schlesien und Posen.

Waldenburg, 29. Dezember. Ende gut, Anfang — noch besser, so muß zum Jahreswechsel die Parole der Waldenburger Parteigenossen lauten. Das verflossene Jahr hat namentlich in seinem letzten Teile gezeigt, daß trotz aller Hindernisse auch in unserem Kreise die politische Arbeiterbewegung fortschreitet, obwohl nur wenige Genossen ihrer Pflicht als Werber nachgekommen sind. Der Abonnentenstand der „Volkswacht" ist an fast allen größeren Orten in stetigem Wachstum begriffen und der sozialdemokratische Arbeiterverein hat ebenfalls eine beträchtliche Mitgliederaufnahme zu verzeichnen. Als besonders erfreuliche Erscheinung ist die tatkräftige Teilnahme der Friebländer Arbeiterschaft an der Bewegung zu begrüßen. Nur in einem Bezirk, dem Wüstegiersdorfer, ist es in der letzten Zeit zu still gewesen, wir glauben aber, daß die dortigen Genossen das Versäumte im neuen Jahre desto energischer nachholen werden. Noch viele Rekruten müssen für die Parteiarmee ausgehoben werden, damit sie zu den bevorstehenden Kämpfen stark genug aufmarschieren kann. Deshalb, Genossen allerorts, frisch ans Werk im neuen Jahre! Werbt unablässig neue Abonnenten und neue Mitglieder für den Arbeiterverein!

Die „Volkswacht" kann bestellt werden bei folgenden Personen:
in Waldenburg, im Arbeitersekretariat, Freiburgerstr. 16,
„ Altwasser, bei Frau Schaar, 2. Bezirk 6,
„ Kolonie Sandberg, bei Friedrich Weihrauch, 62,
„ Nieder-Hermsdorf, bei Gustav Scholz, 63e,
„ Weißstein, bei H. Haupt, 156,
„ Gottesberg, bei H. Werner, Schießhausstr. 37,
„ Fellhammer, bei A. Blümel, Nr. 85, A. Adler, Nr. 90 und bei Herzig,
„ Alt-Lässig, bei Robert Urlich, Nr. 13,
„ Donnerau, bei Franz Welzel, Bahnhofstr. 88,
„ Hausdorf, bei G. Weigel,
„ Wüstewaltersdorf, bei Karl Reimann,
„ Friedland, bei E. Liebig, Göhlenauer Kirchsteg 8.

Waldenburg, 31. Dezember. Wie der Herr Landrat berichtigt. Man schreibt uns: Die letzte Nr. der „Volkswacht" enthält eine Berichtigung vom Landrat Scharmer, in welcher bestritten wird, daß in Dittersbach die Bewohner der Tscherstichhäuser bei der Volkszählung am 1. Dezember nicht mitgezählt worden sind. Wie der Landrat zu dieser Berichtigung kommt, ist mir unbegreiflich, da tatsächlich am 1. Dezember kein Zähler in jene Häuser gekommen ist. Ich kam am 7. Dezember zu einem in den Tscherstichhäusern wohnenden organisierten Bergmann mit der Fragekarte zur Zeitungsstichprobe und wurde für einen Volkszähler gehalten, weil noch keiner dort gewesen war. Ich wollte das nicht glauben, doch wurde auf mein wiederholtes Fragen auch von einer Flurnachbarin des Bergmanns dasselbe behauptet und hinzugefügt, daß auch im Nebenhause nicht gezählt worden ist. Einige Tage nach dem Erscheinen der Nr. 287 der „Volkswacht" erzählten mir dieselben Leute: Es sind jetzt ein paar Herren in Begleitung des Polizisten in ihre Wohnung gekommen und haben gefragt, ob wirklich kein Zähler dagewesen sei. Als das verneint wurde, frugen sie nach der Kopfzahl der Familie, verglichen die angegebene Zahl mit den Zahlen einer Liste, die sie bei sich trugen und einer der Männer sagte: „Nun, das stimmt doch." Während die Herren in einer anderen Wohnung waren, kam der Polizist nochmals zurück und sagte: „Wer mag nur der Kerl gewesen sein, der das angegeben hat, na, wir werdens schon rauskriegen!" Um dieselbe Zeit ist der betreffende Bergmann, übrigens auch „Volkswacht"-Abonnent, mit dem Hausbesitzer Tscherstich über die Sache ins Gespräch gekommen und hat letzterer erzählt, er selbst habe die Zählkarten für sämtliche Mieter ausgefüllt, um es denselben bequem zu machen. — Ohne Zweifel ist das nicht richtig, und nur gesagt, um die Behörde rauszureiten, denn auf dem Familienzählbriefe mußte sich doch jeder Haushaltungsvorstand unterschreiben und das ist hier eben nicht geschehen. Man will eben das Versehen nicht eingestehen, und hat wahrscheinlich auch den Landrat bei seinen Ermittelungen getäuscht, auch in Fellhammer mag es sich so verhalten. Für den Fall, daß die werte Redaktion die landrätliche Berichtigung nochmal „berichtigen" will, stehe ich gern zur Verfügung, von dem obengesagten ist nichts abzustreiten, ein Irrtum meinerseits ist ausgeschlossen.

Nun mag Herr Scharmer weiter berichtigen. Vielleicht hat er inzwischen eingesehen, daß sich das, was in der „Volkswacht" steht, nicht so ohne weiteres abstreiten läßt.

Gottesberg, 29. Dezember. Der Konsumverein für Gottesberg und Umgegend, e. G. m. b. H., ist seit viermonatlichem Bestehen soweit gediehen, daß die Eröffnung seiner ersten Verkaufsstelle auf der Schützenstraße (Bauverein) am 2. Januar 1906 erfolgen wird. Lieferant für die meisten Artikel ist die „Großeinkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine". Das Ausbreitungsgebiet des Konsumvereins hat sich dadurch bedeutend erweitert, daß eine in Rothenbach von dortigen Interessenten kürzlich abgehaltene Versammlung beschloß, das Projekt einer Selbstgründung in Rothenbach fallen zu lassen, und sich dafür dem „Gottesberger" anzuschließen. Der hiesige Konsumverein wird der erste am Orte sein, der den Achtuhr-Ladenschluß, mit Ausnahme der Freitage und Sonnabende, an welchen Tagen bis 9 Uhr geöffnet bleibt, einführt. Sonntags wird nach 12 Uhr Mittags nichts mehr abgegeben. Durch die Hochhaltung der Neutralität im Geschäftsgebahren ist es jedem möglich, ohne Verletzung seiner sonstigen Grundsätze, Mitglied zu werden.

Freie Turnerschaft Breslau.

Turnstunden: 1. Abt.: Jeden Dienstag und Freitag, Abends von 8—10 Uhr, in der städtischen Schulturnhalle, Waterloostraße. — 3. Abteilung (Turnerinnen): Jeden Mittwoch, Abends von 8 bis 10 Uhr, in der städtischen Schulturnhalle, Waterloostraße.

Neueste Nachrichten.

Die Revolution in Rußland.

Die „Petersburger Telegraphen-Agentur" erhält aus Moskau" vom 30. v. Mt. folgende Nachrichten: Im Stadtteil Presna wurden die Barikaden und die Fabrik Prochorow von Sonnabend früh 4 Uhr bis 10 Uhr Vormittags mit Kanonen beschossen.

Auf mehreren Linien der elektrischen Straßenbahn ist der Betrieb wieder aufgenommen worden. Alle Streikleitungen der Revolutionäre waren im Stadtteil Presna, in dessen Straßen Barikaden errichtet sind, konzentriert. Die Fabrik Prochorow, wo sich 10,000 Arbeiter und Aufständische befinden, ist jetzt von Infanterie, Kavallerie und Artillerie eng eingeschlossen. Das große fünfstöckige Haus Kurnow wurde aus Kanonen beschossen. In der innerhalb des Bannkreises von Moskau gelegenen Ortschaft Nowaja Derevnia versuchten die Hausbesitzer eine Bande Aufständischer zu vertreiben, die in eine Schenke geflüchtet war und von da aus auf die Einwohner schoß. Man schloß die Schenke ein und setzte sie von allen Seiten in Brand. Dann kamen Kosaken hinzu, die weitere Entwickelung ist unbekannt.

In der letzten Nacht ist eine Anzahl Aufständische getötet und verwundet worden. Bei den letzten Zusammenstößen wurden 200 Aufständische getötet, vom Semenowsky'schen Regiment fielen sieben Mann. Der Verkehr auf der Eisenbahn Moskau-Rjäsan ist nach einem für die Aufständischen sehr verlustreichen Kampfe wieder hergestellt worden.

Die Angestellten der Stadt- und Provinzialverwaltungen sowie die Semstwos sollen ihre regelmäßige Tätigkeit am Montag wieder aufnehmen.

Das Haus Kupschinski im Stadtteil Presna, in welches sich viele Aufständische geflüchtet hatten, wurde mit Sturm genommen. Eine furchtbare Kanonade begann darauf. Die Fabrik von Schmidt, in welcher sich das Hauptquartier der Aufständischen befand, wurde samt den Nachbarhäusern in Brand geschossen. Einige der Aufständischen kamen in den Flammen um. Auch andere Häuser wurden von der Artillerie in Trümmer geschossen, da die Aufständischen, welche sie besetzt hatten, es ablehnten, sich zu ergeben. Viele Verhaftungen wurden vorgenommen. 17 Offiziere und 49 Soldaten wurden verwundet; die Zahl der getöteten und verwundeten Aufrührer ist nicht bekannt. Es ist festgestellt, daß Führer der Aufständischen, welche dem Bürgerstande angehörten, nachdem sie die Banden organisiert und den Schlachtplan ausgearbeitet hatten, ihre Posten verließen, ohne an den Kämpfen teilzunehmen.

Die revolutionäre Bewegung im Zuge der Jekaterina-Bahn konzentriert sich auf die Stadt Bachmut. Die Stationen längs der Bahnlinie sind in den Händen der Aufrührer, denen sich die Landleute aus mehreren nahe der Bahn gelegenen Dörfern angeschlossen haben. Ueber Bachmut ist Belagerungszustand verhängt und General Sandetzky ist zum Gouverneur ernannt worden. Die ins Aufstandsgebiet entsandten Truppen haben den Befehl erhalten, sich unverzüglich und mit Gewalt der Stationen Grischino, Awdeewka, Jatschmowataja, Gorlowka, Konstantinowka und Kramatorskaja zu bemächtigen und die Komitees und Delegierten der Aufständischen festzunehmen.

Der Post- und Telegraphenausstand in Warschau ist beendet; dagegen dauert der Streik in den Fabriken noch fort. Wegen Sprengung einer Brücke bei Lublin ist der Verkehr nach Kowel unterbrochen, die Züge nach Dünaburg verkehren wieder mit militärischer Bedienung.

Die Unruhen in den Sormowowerken bei Nischni-Nowgorod, wo, der „Nowoje Wremia" zufolge, die Aufständischen über Artillerie verfügten, sind unterdrückt. Die Zahl der dort Getöteten und Verwundeten ist groß.

Auch in Petersburg dauern die Verhaftungen von Mitgliedern der extremen Parteien fort. In der Nacht zum 30. Dezember wurden 11 Sozial-Revolutionäre in Haft genommen; die Gesamtzahl der an diesem Tage Verhafteten wird auf 122 angegeben. Bei einer Haussuchung in einem der armenischen Kirche gehörigen Hause wurden Revolver und Bombenhülsen gefunden.

Im lettischen Teil der Ostseeprovinzen sind, nach amtlichen Telegramm, einige Anzeichen von „Beruhigung" wahrzunehmen. Bedeutendere Ausbrüche des Aufstandes sind in letzter Zeit nicht vorgekommen. In Riga dauert der Eisenbahner- und Fleischerausstand fort. Seit heute früh rücken Truppen von zwei Seiten, von Dwalk und Dünaburg, an und verfolgen die aufständischen Banden, die Agitatoren und die von den Aufständischen eingesetzte Obrigkeit. Die revolutionäre Propaganda wendet sich jetzt nach dem nördlichen Teile Livlands, wo Güter zerstört und Morde begangen werden.

Aus aller Welt.

Bei der Bürgermeisterwahl den Bürgermeister durchgeschlagen hatte, wie aus Fürth gemeldet wird, in einem Nachbarort der dortige Gemeindediener. Er wurde in das Landgerichtsgefängnis nach Fürth gebracht, wo er sich jetzt in seiner Zelle erhängt hat.

Die roten Umschläge des Schuldeneintreibers. Ein Inkassobureau in Frankfurt a. M. benutzt, um auf zu mahnende Schuldner einen sanften Druck auszuüben, große blutrote Kouverts, auf denen recht deutlich das Wort „Schuldeneintreibung" prangt. Daß ein so dringlich gemahnter Schuldner nicht gerade entzückt über diese Form der Mahnung ist, erscheint erklärlich. Einer nicht richterliche Entscheidung an, indem er die Beleidigungsklage gegen den Inhaber des Inkassobureaus anstrengte. Dieser wurde von dem Frankfurter Schöffengericht zu zwanzig Mark Geldstrafe verurteilt.

Quittung

Für das kämpfende russische Proletariat gingen bei der Redaktion der „Volkswacht" ferner ein:

Gesammelt von den Steinarbeitern in Hockerau	10.30 Mk.
Christbaum-Ueberschuß, Gasanstalt I	1.51 „
Gesammelt bei der Sylvesterfeier in Fiebigs Restauration, Mehlgasse 52/54	2.70 „
Gesammelt auf Liste 264	3.95 „
Für eine Briefkastennotiz	0.20 „
Bereits quittiert	9413.89 „
Summa	9433.55 Mk.

Meteorologische Beobachtungen

1. u. 2. Januar.	Nachm. 2 Uhr.	Abends 9 Uhr.	Morg. 7 Uhr.
Luftwärme (C.)	+4,8	+2,2	+0,0
Luftdruck bei 0° (mm)	758	731,3	731,5
Dunstdruck (mm)	4,0	4,4	4,9
Dunstsättigung (pCt.)	82	82	80
Wind (0—12)	SO 3	S 3	SW 4
Wetter	bewölkt	bedeckt	bedeckt

Standesamtliche Nachrichten.

Heirats-Ankündigungen. I. Bolzenpresser Wilhelm Herrmann, evang., Hildebrandtstraße 29, und Josefa Balder, kath., Andersenstraße 43. — Möbelpacker Adolf Nitschke, kath., Tschepinerstraße 23, und Erna Simon, evang., ebendaselbst. — Arbeiter Paul Mickenau, evang., Neuweltgasse 44, und Agnes Jüttner, kath., Elbingstraße 4. — Schlosser Arthur Nitschke, evang., Berlinerstraße Nr. 40, und Martha Stolke, evang., Hohenzollernstraße 73. — Klempner Friedrich Seidel, evang., Striegauerplatz 9, und Stanislawa Urbanowitz, kath., Bergstraße 7. — Privatier Alfred Ketber, evang., Bergstraße 19, und Hedwig Uhr, kath., ebendaselbst. — Schriftsetzer Arthur Gerte, kath., Kurzegasse 46, und Hedwig Teichmann, kath., Kurzegasse 37. — Königlicher Grenzaufseher August Zimmerling, evang.-luth., und Agnes Hahn, kath., Antonienstraße 4. — Kaufmann Georg Pelz, evang., Piela, und Klara Münzer, evang., Am Rathause 15. — Schlosser Alfred Berle, evang., Nadlergasse 8, und Emma Sahm, evang., ebendaselbst. — Tischler Max Schulz, evang., Sternstraße 28/30, und Martha Kaiser, evang., Graben 24. — Schiffer Max Hornig, evang., Kurzegasse 66, und Anna Wanzek, evang., ebendaselbst. — Fabrikarbeiter Paul Grundmann, evang., Bergstraße 6, und Maria Motzko, kath., ebendaselbst. — Schneider Alfred Haul, kath., Nikolaistraße 31, und Anna Jeroske, evang., Scheitnigerstraße 43. — Kutscher Karl Petermann, evang., Kurzegasse 27, und Emma Wind, ev., ebendaselbst. — Postassistent Alfred Häusler, evang., Leschnitz, und Margarete Schäfer, kath., Friedrich-Karlstraße 31.

II. Schlosser August Grundtke, kath., Briegerstraße 10, und Adelheid Rudolph, geb. Tebmel, ev., hier. — Eisenbahn-Telegraphen-Mechaniker Karl Knittel, ev., Tauentzienstraße 37, und Bertha Scharfenberg, ev., Mariannenstraße 15. — Bauarbeiter Paul Haase, kath., Ohlauer Chaussee 76, und Auguste Feist, geb. Gläser, ev., hier. — Maschinist August Hoffmann, kath., Klettendorf, Kreis Breslau, und Emma Gerth, ev., Löschstraße 16. — Elektromonteur Hermann Fricke, ev., Roßplatz 15, und Bertha Stiller, ev., Bohrauerstraße 73. — Fuhrwerksbesitzer Hermann Klar, ev., Zimpel, Kreis Breslau, und Pauline Schütz, ev., Augustastraße 138. — Kutscher August Scheierlein, ev., Klosterstraße 126, und Martha Kirsch, kath., hier. — Bahnarbeiter Bernhard Schötzel, kath., Königgrätzerstr. 12, und Martha Woitas, ev., Kriechen, Kreis Breslau. — Friseur Friedrich Schroll, ev., Tauentzienstraße 30, und Johanna Volkmann, ev., Königl. Neudorf, Kreis Oppeln. — Kutscher Karl Raabe, ev., Kl.-Mochbern, Kreis Breslau, und Anna Nippert, ev., Klosterstraße 63. — Tischler Paul Barton, kath., Lehmgrubenstraße 43, und Bertha Böhm, ev., Bohrauerstraße 48c. — Bahnarbeiter Hermann Feige, ev., Lützowstraße 25, und Emma Schilk, evang., Ohlauer Chaussee 124. — Schuhmacher Paul Keil, ev., Brüderstraße 2b, und Maria Geschwinde, kath., hier. — Maschinenarbeiter Paul Grunert, kath., Neudorfstraße 83, und Elisabeth Büttner, kath., hier.

Geburten. II. Droschkenbesitzer Theodor Scheffler, kath., S. — Schneidermeister Ernst Niesar, evang., S. — Schneider Heinrich Wolf, kath., T. — Brenner Johann Wallasch, evang., S. — Produktenhändler Felix Fischer, evang., S. — Kutscher Ernst Haase, evang., T. — Arbeiter Nikodem Przybylla, kath., T. — Arbeiter August Urban, evang., S. — Handlungsgehilfe Max Piskureck, evang., T. — Schneidermeister Franziskus Minicke, kath., S. — Schuhmacher Josef Moravtz, kath., S. — Schlosser Julius Scheuer, evang., T. — Schmied Heinrich Scholz, evang., T. — Schneidermeister Loebel Moses, jüdisch, T. — Klempner August Knoll, kath., S. — Schlosser Richard Hillebrand, kath., T. — Schneider Richard Körner, evang., S. — Arbeiter Karl Blache, evang., T. — Kutscher Karl Jakob, evang., S. — Anstreicher Heinrich Böhm, evang., T. — Maurer Gustav Dussa, evang., T. — Kutscher Josef Gulitz, kath., T. — Schlosser Rudolf Patent, evang., S. — Schutzmann Paul Deus, ev., T. — Arb. Paul Schnabel, kath., S.

IV. Hilfsbremser Wilhelm Heinze, ev., T. — Schlossermeister Adolf Bluhm, ev., T. — Restaurateur Karl Titze, ev., T. — Eisendreher Max Berger, ev., S. — Straßenbahnwärter Daniel Wittek, ev., S. — Haushälter Robert Polensky, kath., S. — Bauarbeiter Ernst Fleischer, ev., T. — Schuhmachermeister August Böhnisch, kath., T. — Arbeiter Joh. Bräuer, ev., T. — Schneider Richard Klose, ev., T. — Tiegeldrucker Paul Jäger, ev., T. — Arbeiter Gottlieb Schwarz, ev., T. — Kunstglaser Viktor Fabian, kath., T. — Landesversicherungs-Sekretär Paul Müller, kath., T. — Kaufmann Nathan Ehrlich, jüd., S. — Magistrats-Bureauassistent Ludwig Latzel, ev., S. — Regierungsrat Ernst Meyer, ev., T. — Anstreicher August Hubrich, ev., S. — Steindrucker Hugo Spiegel, kath., T. — Bahnarbeiter Wilhelm Glatz, ev., T. — Haushälter Wilhelm Hahn, ev., T. — Regierungsrat Georg von Bergen, ev., T.

Todesfälle. II. Brauergeselle Anton Stiegert, 52 J. — Gärtnergehilfe Josef Gröger, 44 J. — Martha, T. des Kutschers Karl Otschik, 11 J. — Herbert, Sohn des Maurers Franz Klose, 1 Std. — Kutscherswitwe Dorothea Pfeiffer, geb. Molke, 84 J. — Elisabeth, T. des Straßenbahnschaffners Josef Fieback, 3 Jahre. — Schuhmachermeisterswitwe Marie Nagel, geb. Schlaffe, 89 Jahre. — Kurt, S. des Eisenbahn-Betriebs-Kontrolleurs Hugo Pater, 5 Mon. — Klempnermeister Gustav Ernst Oswald Pollozeck, 57 J. — Willy, S. des Friedhofsgärtners Friedrich Michallek, 4 T. — Steindruckmaschinenmeister Max Peter, 38 Jahre. — Schneidersfrau Emma Warmuth, geborene Müller, 30 J. — Zimmermann August Wuttke, 48 Jahre. — Alma, Tochter des Schuhmachers Wilhelm Wagner, 1 J. — Haushälter Gottlieb Weißenberg, 64 J. — Paul, S. des Straßenbahnwärters Richard Böhmelt, 8 Mon. — Eisenwarenfabrikantenwitwe Bertha Cohn, geb. Biberfeld, 76 J. — Arbeitersfrau Elisabeth Buckisch, geb. Zeisker, 55 J. — Kurt, S. des Arbeiters Robert Schubknecht, 3 Mon. — Aufwärterin Karoline Schmidt, 70 J. — Stadtsekretärswitwe Mathilde Schwirten, geb. Krappitz, 71 J. — Erich, S. des Handelsmanns Gustav Bohn, 2 J. — Pens. Weichensteller Franz Krause, 61 J. — Friedrich, S. des Buchhalters Karl Pohl, 1 Mon. — Luise, T. der Arbeiterswitwe Hedwig Weiß, geb. Böde, 2 J. — Rentiere Rosina Ebmann, 85 J. — Arbeiter Paul Schirdewan, 40 J. — Früh. Handelsmann Daniel Hoffmann, 67 J. — Kurt, S. des Tischlermeisters Oskar Reichert, 4 J.

Versammlungen und Vereine.

Breslau.

Gewerkschaftshaus.

Mittwoch, den 3. Januar:

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Breslau". Jeden Mittwoch: Vereinsabend. Aufnahme neuer Mitglieder.

Donnerstag, den 4. Januar:

Tapezierer-Verband. Mitglieder-Versammlung. Abends 8 Uhr im Zimmer Nr. 3 und 4.

Sonnabend, den 6. Januar:

Tapezierer-Krankenkasse (Hamburg). Zahlabend, parterre links.

Montag, den 8. Januar:

Zentralverband der Schuhmacher. General-Versammlung. Neuwahl der Ortsverwaltung. Abends 8 Uhr. Zimmer Nr. 2.

Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:

Distrikt IV (Sand-Vorstadt).

Mittwoch, den 3. Januar: Zusammenkunft in Pantke's Restaurant, Weinstraße. Die Genossen werden ersucht möglichst vollzählig zu erscheinen, da wichtige Sachen zur Besprechung gelangen.

Distrikt V (Scheitnig).

Dienstag, den 2. Januar, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft. Recht zahlreiches Erscheinen, besonders der Bezirksführer, sehr erwünscht.

Distrikt XI (Obertor).

Sonntag, den 7. d. M.: Abrechnung für Bezirksführer! Das Erscheinen aller ist zwecks glatter Uebergabe notwendig! Vorhandene Marken jeder Art sind mitzubringen! Frost, Distriktsführer.

Ohlau. Maurerversammlung Sonntag, den 7. Januar im „grünen Baum" zu Baumgarten. Verbandsbücher mitbringen.

Tillendorf. Wahlverein Bunzlau-Lüben (Filiale Tillendorf). Jeden Donnerstag nach dem 1. im Monat: Versammlung im Gasthof zur „Stadt Bunzlau". Zahlreiches Erscheinen erwünscht. Der Vorstand.

Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik: „Breslauer Nachrichten" und die Inserate: **Franz Kühs**; — für die Rubrik: „Aus Schlesien und Posen": **Robert Albert**; für den gesamten übrigen Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der „Neuen Welt": i. V.: **Franz Kühs**. — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstraße 5/6. — Verlag von **Oskar Schütz**; — Druck von **Th. Schatzky G. m. b. H.** — sämtlich in Breslau. — Ausgabeort: Breslau.

Hierzu 1 Beilage.

Stadt-Theater.

Dienstag nachmittag 3½ Uhr: **„Rübezahl der Geist der Berge."**
Abends 7½ Uhr: **„Der Ring des Nibelungen."** Vorabend **„Das Rheingold."**
Mittwoch nachmittag 3½ Uhr: **„Rübezahl der Geist der Berge."**
Abends 7½ Uhr: **„Faust"** (1. Teil.)

Lobe-Theater.

Dienstag: **Die Brüder v. St. Bernhard.**
Mittwoch: **„Fatinitza."**
Donnerstag: **„Frühlingsluft."**
Freitag: **„Fatinitza."**

Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.

Freitag: Gruppe E, 5. Vorstellung: „Uriel Acosta"

Liebich's Etablissement
Telephon No 1646.
Robert Steidl
und das **neue Programm.**
Anfang 7½ Uhr.

Victoria-Theater (Simmenauer Garten).
Hartstein
Neuester Schlager!
Das tolle Haus.
Burleske von Wilh. Hartstein.
Der Gipfel der Situations-Komik
sowie die
Neuen Spezialitäten!
Bons Wochentags gültig.

Die **herzlichsten Glückwünsche** dem Tapezierer **Max Heentschel** nebst Frau zu ihrer **silbernen Hochzeit.** 9
Seine Freunde.

Hosennäherin
auf Maß und gute Lager sucht **Liepelt**, Matthiasstr. 9. 3871

Ia. Grus à 30, 50, 75 Mk stets am Lager. ff. Deiy, Gelegenheit, stark ¹⁄₈ f. 2,40 M. ff. amerik. Umbl. 1,20 M. Los. g. Ia. 80 Pf. Tabakstengel u. a. 5 M. i. Zahlg. **Kemmler Nfg.** Friedr.-Wilhelmstr. 9.

ff. Batavia-Arrak,
„ Jamaica-Rum,
„ französische und deutsche Kognaks,
„ Punsche u. Cafe-liköre
empfiehlt 3837
Edwin Delahon
Breslau, Neumarkt 6.
Flaschenverkauf im Comptoir, Hof, part.

Feuerversicherung
sowie **Lebensversicherung** auch für **Kinder**, vermittelt 1744
Ernst Zahn,
Ritterplatz 5, III.

Stamm-Seidel,
Vereins-Seidel,
Geburtstags-Seidel,
Hochzeits-Seidel,
Jubiläums-Seidel,
in grosser Auswahl empfiehlt
Otto Miksch,
Kupferschmiede-Strasse 47.

Stempel, Petschafte, Schablonen
Kl. Druckereien. Siegelmarken
am billigsten bei:
M. Hübsch.
Hintermarkt 27 (Bude), Ringecke.
Musterbuch m. Preisang. gratis.

Moltkestr. 16, 2. Etage.

Moltkestr. 15, 2. Etage.
Moltkestrasse 15, 2. Etage.

5 Pfg.-Sumatra-Zigarren
prachtvolle Qualitäten, vorzüglich in Brand u. Geschmack
100 2 Mk., 2,50 Mk., 3 Mk. bis 5 Mk.
empfiehlt gegen Nachnahme 2129
Zigarren-Fabrik E. Lampke.
Fabrik, Versand und Hauptgeschäft:
Breslau, Rossplatz 11, am Oderthorbahnhof.
Filialen: **Matthiasstraße 16,** Ecke Schrotgasse, **Hummerei 35, Friedrich-Wilhelmstraße 15, Klosterstraße 77.**

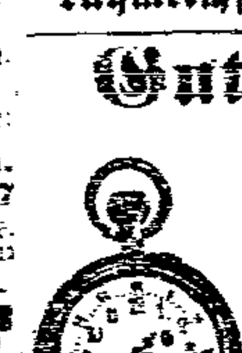
Am Neujahrsmorgen verschied plötzlich mein innigstgeliebter, guter Vater, der Kaufmann und Stadtverordnete
Moritz Jakubowicz
im 60. Lebensjahre zu Grabow in Posen. 4
Breslau. Hermannstrasse 7.
In tiefer Trauer
Max Jakubowicz.

Trauerhüte in grösster Auswahl **A. Rosenthal, Blücherplatz 5.** 8411

Die Stelle des **Gemeindeboten der Fr. Religionsgemeinde** 7
verbunden mit der **Hausmeisterstelle** des Gemeindegrundstücks Grünstraße 14/16 ist am 1. Febr. 1906 zu besetzen. Bewerb. sind b. z. 8. d. M. a. d. 1. Vorsitz. **A. Hannig,** Scheitnigerstr. 9, zu richten. **Der Vorstand.**

Frauen und Mädchen
die das Lumpensortieren verstehen oder es erlernen wollen, **gesucht.**
Dauernde Beschäftigung, guter Verdienst.
Gebrüder Friedeberg & Comp.
3895 Schießwerderstraße Nr. 38.

Reinhold Richter's
Getreidekorn-Brennerei,
Breslau X, Matthiasstr. 149, Werderstr. 43 (Telephon 8717)
empfiehlt ihren **anerkannt guten Korn** in Gebinden und Flaschen, sowie den
rühmlichst bekannten Kraft-Korn.

Gute, billige Uhren,
unter mehrjähriger Garantie,
Gold- und Silberwaren,

Herren-Uhren v. 3 Mk. an
Silb. Herren- u. Damen-Uhren v. 6 Mk. an
Goldene Damen-Uhren v. 12 Mk. an
Regulatoren v. 7 Mk. an
Wanduhren und Wecker v. 2 Mk. an
Goldene Herren-Uhren billigst.
Trauringe und Ketten in verschied. Gold.
Musikwerke. 3398
Reparaturen werden in meiner Spezial-Werkstatt sauber und billig ausgeführt.
Auf Wunsch Teilzahlungen gestattet.
R. Leitloff, Uhrmacher, Nikolaistr. Nr. 41.

Liegnitz. Geschäftseröffnung! Liegnitz.
Den werten Genossen zur Nachricht, daß ich
Mittelstrasse 70, ein
Zigarren- u. Zigaretten-Geschäft 3
eröffnet habe.
Um gütige Unterstützung bittet
Hochachtungsvoll **Karl Obst.**

„In freien Stunden"
Illustrierte Roman-Bibliothek, Heft 10 Pfennige.
Durch die Expedition und Kolporteure zu beziehen.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.
Mittwoch, den 3. Januar, abends 8 Uhr
findet im **Gewerkschaftshause,** Margaretenstraße 17, Zimmer 2
Mitglieder-Versammlung
statt. 3
Tagesordnung: 1. Abrechnung vom IV. Quartal. 2. Wahl der Bevollmächtigten und Kontrolleure. 3. Wahl der Delegierten zur Gaukonferenz. 4. Neuregelung des Kassiererwesens. 5. Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen wird dringend gewünscht.
J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

Ein frohes neues Jahr
wünschen allen **Bekannten** und **Gönnern**
J. Kluger und Frau.
5 **Niedergasse 23,** II. Etg.
Breslau, den 1. Januar 1906.

Allen meinen Gästen und Bekannten ein gesundes und fröhliches
Neues Jahr.
Herrmann Queisser 1
Blücherplatz Nr. 11, Restaurant „Blücherhalle".

Allen meinen **Gästen** und **Freunden** wünscht ein
frohes neues Jahr
Hermann Gottschling
Restaurateur
2 Neue Matthiasstraße Nr. 3.

Allen unseren werten **Gästen** und **Freunden** wünschen
ein gesundes neues Jahr
8 **Otto Malzahn und Frau.**

Gleiches Wahlrecht!
hat jeder **Arbeiter, Kaufmann** oder **Beamte** beim Einkauf in meiner **Fabrik** 3617
Reuschestrasse No. 47|48.
Herren-Anzüge . . . . . von 8 Mk. an
Herren-Winterjoppen . von 4½ Mk. an
Herren-Hosen . . . . . . von 2 Mk. an
Leibchenhosen . . . . . . von 50 Pf. an
Paletots, Knabenjoppen, Knabenanzüge spottbillig.
Nur Reuschestr. 47/48 in der Fabrik. Kein Laden.
Robert Lippmann, Reuschestr. 47|48 gegenüber der Graupengasse.
Herren- und Knaben-Garderoben-Fabrik
Massachen bei geringem Aufschlag.

„Der wahre Jakob".
Sozialdemokratisches Witzblatt.
Durch die Expedition und Kolporteure zu beziehen.

Beilage zu Nr. 1 der „Volkswacht“.

Mittwoch, den 3. Januar 1906.

Die städtischen Arbeiter beim Oberbürgermeister.

Am Sonnabend Mittag ½12 Uhr fand die nachgesuchte und angekündigte „Audienz“ der Deputation städtischer Arbeiter und Handwerker beim freisinnigen Oberbürgermeister unserer Stadt, Dr. Bender, statt. Sie endigte damit, daß **der Oberbürgermeister den Wortführer der Deputation sofort aus der Arbeit entließ.** Ohne ein Wort der Kritik seien die Vorgänge mit diesem ungeheuerlichen Ausgang hier objektiv wiedergegeben:

Wie bekannt, war in einer mehr als tausendköpfigen Versammlung städtischer Arbeiter und Handwerker der Beschluß gefaßt worden, beim Magistrat um eine Teuerungszulage nachzusuchen. Fünf Personen wurden mit der persönlichen Ueberreichung der Petition beauftragt, nämlich:

1. Gasarbeiter Reichelt,
2. Reparatur-Arbeiter Mohaupt,
3. Feldschmiedeschlosser Bauch,
4. Kärrner Bischoff;
5. Verbandssekretär Mehrlein.

Als diese Deputation am Tage nach der Beschlußfassung beim Oberbürgermeister vorsprach, wurde ihr eröffnet, daß sie vorschriftsmäßig um eine „Audienz“ nachzusuchen hätte. Das ist sofort geschehen und eine Woche später fand diese Aussprache statt. Daß der Oberbürgermeister den Verbandssekretär zurückgewiesen hat, haben wir schon am Sonnabend berichtet. Ueber den Verlauf der ganzen Veranstaltung sei nunmehr folgendes nachgetragen. Im Fürstensaale des Rathauses hatte der Oberbürgermeister mehrere Magistratsmitglieder und Betriebsleiter versammelt, unter denen die Arbeiter nur den Stadtbaurat Wirtz, den Gaswerksdirektor Trentler und den Branddirektor Goetz, also ihre höchsten Vorgesetzten, erkannten. Außerdem waren als Zuhörer eine ganze Anzahl Vorarbeiter, Aufseher und Unterbeamte aus den verschiedenen Verwaltungsstellen beordert. Die Unterredung — die wir nach der Erinnerung der Deputationsmitglieder möglichst wörtlich wiedergeben — nahm nun folgenden Verlauf:

Oberbürgermeister Dr. **Bender:** Herr Mehrlein hat nachgesucht, mitzuverhandeln. Aber mit hergelaufenen Leuten, mit Agitatoren verhandele ich nicht. Für unsere Arbeiter aber bin ich stets zu sprechen. Sie haben eine Resolution eingereicht. Wer von Ihnen will dazu sprechen?

Mohaupt: Das wird gleich sein, wer dann spricht; der Herr Oberbürgermeister kann ja bestimmen, wen er zuerst hören will.

Reichelt: Ich bitte, mir das Wort zu geben. Wir sind im Auftrage sämtlicher städtischer Arbeiter hier und bitten um eine Teuerungszulage.

Dr. **Bender:** Sprechen Sie nur von Ihrer Person und nicht von den Uebrigen. Sie haben keine Vollmacht, im Namen der sämtlichen städtischen Arbeiter zu sprechen. Bringen Sie Vollmacht von den Uebrigen, dann können Sie auch in deren Namen reden.

Mohaupt: Die Unterschriften können wir doch jeden Augenblick beibringen.

Dr. **Bender:** Na, die Unterschriften werden ja zum großen Teil erzwungen. Und sonst tragen die Eingaben nur immer wenige Unterschriften. Also reden Sie nur für Ihre Person.

Reichelt: Ich erkenne an, daß ich **einer der bestbezahlten städtischen Arbeiter bin. Ich habe aber trotzdem während des ganzen Jahres nicht soviel zurücklegen können, um meiner Familie eine Weihnachtsgabe machen zu können.** Umsoweniger verstehe ich, daß andere mit noch geringerem Lohn auskommen sollen. Deswegen bitten wir, uns eine Teuerungszulage zu gewähren.

Dr. **Bender:** Die Gasarbeiter haben am wenigsten Ursache, sich zu beklagen. Sie haben doch in diesem Jahre mehrmals Zulagen bekommen. Als was sehen Sie denn das an? Zum Spaß gibt man doch keine Lohnerhöhungen. Sind denn das keine Teuerungszulagen?

Reichelt: Nein, wir haben das nicht als Teuerungszulage ansehen können. Vielmehr stehen die Breslauer Gasarbeiter im Lohne am niedrigsten wohl unter allen Gasarbeitern der Großstädte.

Dr. **Bender:** Nein, das ist nicht der Fall. Die Stadt Breslau zahlt ihren Gasarbeitern höhere Löhne als die Anstalten anderer Städte. Die Löhne waren auch schon vor der Aufbesserung günstiger als anderwärts. Sehen Sie, **wir haben als erste Stadt den Arbeitern die Altersversorgung gewährt,** als noch keine andere Stadt daran dachte. Oder können Sie eine andere nennen?

Reichelt: Ja, aber uns wird nicht einmal voll gewährt, was die Betriebsdeputation beschlossen hat. Zum Beispiel ist im Mai beschlossen worden, daß uns eine Lohnerhöhung neben der Alterszulage gewährt würde. Dann aber wurde uns die Alterszulage entzogen, so daß wir wieder erst petitionieren mußten. Jetzt allerdings ist angeschlagen, daß die Zulage wieder gewährt wird.

Stadtbaurat **Wirtz:** Die Vereinbarungen vom Mai werden strikte innegehalten. Im September ist eine Lohnzulage von **20 Pfg. (!) pro Tag** gewährt, davon waren **10 Pfg. Lohn-** und **10 Pfg. Alterszulage.** Im übrigen habe ich auf meine Erkundigungen erfahren, daß die Gasarbeiter im allgemeinen recht zufriedengestellt sind.

Dr. **Bender:** Na, da sehen Sie ja, was wollen Sie denn noch? Das ist selbstverständlich, daß es immer Unzufriedene und Zufriedene gibt. (Zu Mohaupt): Sie sind doch Mohaupt? Da haben Sie neulich doch eine Hafenarbeiter-Versammlung gehabt. Da haben Sie geduldet, daß Herr Mehrlein davon gesprochen hat, daß die städtischen Arbeiter nach Rußland gehen und eventuell „russisch reden“ müßten. Wissen Sie, was das heißt? Und das haben Sie als Versammlungsleiter geduldet? Warum haben Sie ihm nicht das Wort entzogen?

Mohaupt: Herr Oberbürgermeister, Herr Mehrlein läßt sich weder von einem Stadtrat, noch von einem Polizeibeamten, am allerwenigsten aber von mir das Wort verbieten.

Dr. **Bender:** Sie haben auch geduldet, daß die Arbeiter Beifall spendeten.

Mohaupt: Ja, wenn die Leute etwas hören, was ihnen neu ist und gefällt, dann spenden sie Beifall. Das ist überall so und das kann ich doch nicht hindern.

Dr. **Bender:** Na, sehen Sie, wenn Sie solche Versammlungen besuchen und solche Aeußerungen anhören, da werden Sie doch nicht besser, sondern immer schlechter.

Reichelt: Herr Oberbürgermeister, Sie haben doch selbst auf dem Städtetage anerkannt, daß eine Fleischteuerung vorhanden ist, und doch wollen Sie uns eine Teuerungszulage nicht gewähren?

Dr. **Bender:** Ja, die Fleischpreise sind aber schon wieder billiger geworden und werden noch billiger werden. Im übrigen steht das alles so in den Zeitungen und das ist meistens nicht vollständig. **Besonders die „Volkswacht“ bringt das meistens ganz verdreht.** Alles wird dort **anders gedeutet und zurecht gedreht,** was wir tun. Jeder Versammlungsbericht strotzt vor Unwahrheiten. Jedesmal könnte ich eine Injurienklage deswegen anstrengen. Wir sind aber viel zu milde, wir tun es nicht. Wir müßten viel schärfer vorgehen. Zum Beispiel hat die „Volkswacht“ behauptet, wir hätten eine Bauvolizei-Verordnung auf ihr Drängen erlassen und in Wirklichkeit haben wir das schon vor 5 Jahren getan. (Zu Mohaupt, welcher lächelt): Lachen Sie hier nicht, wir verhandeln hier furchtbar ernste Sachen! (Einen Schritt auf ihn zutretend): Verstanden!

Reichelt: Ich habe in fast allen öffentlichen Versammlungen gesprochen und die Verhältnisse geschildert. Wenn ich da die Unwahrheit gesagt hätte, dann hätte man mich doch längst entlassen. Ich habe aber immer die reine Wahrheit gesagt, dagegen kann man nichts einwenden. Sehen wir denn aus als Revolutionäre? Wir **kommen hier als friedfertige Arbeiter,** um eine Teuerungszulage zu erbitten, und **Sie stellen uns hin als ob wir Revolutionäre wären.** Wir sind jetzt wieder soweit, wie wir vorhin waren. Wir wissen immer noch nicht, ob wir eine Zulage bekommen oder nicht.

Dr. **Bender:** Nein. **Teuerungszulage gibt es nicht.** Sie haben Lohnzulagen bekommen und weitere Lohnerhöhungen werden folgen.

Mohaupt: Aber zu langsam!

Dr. **Bender:** Ja, das geht nicht schneller. Und wenn wir Ihnen Lohnzulagen gewähren, dann kommen die Sozialdemokraten, um zu behaupten, das geschähe nur, weil sie da sind. Das sieht so aus, als ob wir das nur aus Angst bewilligten, oder ob wir zu feig wären. Wir fürchten aber weder die „Volkswacht“, noch Ihren Verband oder die Streikkasse. Wir sind auf alles vorbereitet. Im Uebrigen will ich nicht weiter verhandeln. Die Unterredung ist beendet. Sie können gehen.

Mohaupt: Ich hätte zum Schluß noch eine Bitte.

Dr. **Bender:** Und die wäre?

Mohaupt: Neulich ist unser Kollege Ziegler entlassen worden wegen angeblicher Arbeitsverweigerung. Er hat aber nach unserer Meinung nur seiner Instruktion gemäß gehandelt. Wir wollten deshalb im Namen aller Kollegen bitten, ihn wiedereinzustellen.

Dr. **Bender: Ziegler braucht keinen Vormund.** Er kann selber kommen und sein Anliegen vorbringen, dann wird ihm sein Recht werden. Die Sache ist ja auch schon eingeleitet.

Mohaupt: Und außerdem wollte ich noch einmal fragen, Herr Oberbürgermeister, da wir zu dem Zwecke hergekommen sind: Haben wir eine Teuerungszulage zu erwarten?

Dr. **Bender:** Nein, nein!

Mohaupt: Andere Städte haben doch auch Zulage bewilligt, zum Beispiel Berlin.

Dr. **Bender: Da gehen Sie doch in andere Städte!** Im übrigen müßten Sie, Mohaupt und Reichelt, **doch froh sein, daß wir Sie überhaupt noch beschäftigen,** denn Sie sind doch **beide schwer bestraft!**

Reichelt: Im Dienst nicht, Herr Oberbürgermeister.

Dr. **Bender:** Nein, **aber privatim!**

Reichelt: Es tut mir leid, Herr Oberbürgermeister, daß Sie mir das hier sagen!

Dr. **Bender: Gehen Sie jetzt raus!** (Reichelt folgt der Weisung.) Der Mann wird entlassen. (Zum Stadtbaurat Wirtz): **Der Mann ist von heut ab entlassen!**

Damit war die Audienz des „schlichten Mannes aus der Werkstatt“ bei dem freisinnigen Oberbürgermeister tatsächlich beendet!

Als Reichelt Abends nichtsahnend zur Nachtschicht ins Gaswerk kam, wurde er vom Portier sofort zum diensthabenden Betriebsassistenten gesandt. Dieser teilte ihm mit, daß er ihm eine „bedauerliche Eröffnung“ zu machen habe: Er sei auf höhere Anordnung gezwungen, Reichelt sofort zu entlassen und ihn das Werk nicht mehr betreten zu lassen. Es täte ihm, dem Herrn Assistenten, leid, Reichelt entlassen zu müssen, da er einer der ältesten und zuverlässigsten Arbeiter sei. Aber der Weisung von oben müsse er leider Folge leisten. Er bat den Entlassenen, sich ruhig zu entfernen, denn es widerstrebe ihm, den alten Mann aus dem Werk hinausgeleiten zu lassen!! Reichelt konnte darauf mit gutem Gewissen versichern, daß er ebenso ruhig gehen werde, wie er stets gekommen sei. Was auch geschah.

In einem Briefe an den Genossen Mehrlein vom 27. April 1905 hatte der Oberbürgermeister geschrieben:

„Wenn die städtischen Arbeiter Wünsche haben, werden sie dieselben selbst vorzutragen haben.“

Das ist am Sonnabend geschehen. Der Sprecher der Deputation aber, der noch am „Weihnachtsheiligenabend“ in

Aus aller Welt.

Die Zahl der deutschen Mittelstädte von 25,000 bis 100,000 Einwohnern ist von 121 auf 133 gestiegen, die zusammen eine Einwohnerzahl von 5,929,691 gegen 5,225,775 im Jahre 1900 aufweisen. 22 Städte, die bei der Volkszählung 1900 noch unter 25,000 Einwohner hatten, sind in die Reihe der Mittelstädte getreten und haben damit diejenige Einwohnerzahl erreicht, die ihnen in Preußen die Rechte zum Ausscheiden aus dem Kreisverband gibt. Aus der Reihe der früheren Mittelstädte sind acht durch Vermehrung der Einwohnerzahl ausgeschieden; sie gehören nunmehr den 41 Großstädten an. Fünf der früheren Mittelstädte sind infolge Einverleibung in benachbarte größere Stadtgemeinden aus der Reihe der selbständigen Ortschaften gestrichen worden. Die Zahl der Städte, deren Einwohnerzahl nach der Volkszählung 1900 zwischen 50,000 bis 100,000 schwankte, ist von 40 auf 45 gestiegen. Die Einwohnerzahl in diesen Ortschaften hat sich von 2,605,231 auf 3,024,870 erhöht. In die Reihe dieser Städte sind neu eingetreten: Hamborn, Borbeck, Pforzheim, Harburg, Koblenz, Flensburg, Kaiserslautern, Oberhausen, Ulm, Brandenburg a. H. und Mühlheim am Rhein. In die Reihe der Mittelstädte sind neu eingetreten: Lebe, Wanne, Schneidemühl, Köpenick, Brieg, Viersen, Allenstein, Saarbrücken, Grünberg in Schlesien, Thorn, Lüneburg, Jena, Paderborn, Zaborze in Oberschlesien, Wilhelmshaven, Kalk, Minden, Aschaffenburg, Neisse, Siegen, Eisleben und Konstanz. Wie schon früher erwähnt wurde, haben sämtliche Groß- und Mittelstädte Bevölkerungszunahmen, mit Ausnahme der Stadt Glauchau, deren Einwohnerzahl im Jahre 1900 25,767 betrug, während bei der diesmaligen Zählung nur 25,[illegible] ermittelt wurden. — Die Großstadt Elberfeld, deren Bevölkerungsziffer auf Grund der vorläufigen Feststellung auf 167,700 angegeben wurde, hat nach dem endgültigen Ergebnis nur 162,483 Einwohner. Es rangiert infolgedessen in der Reihe der Großstädte in die 27. Stelle und nicht, wie zuerst gemeldet wurde, in die 28.

Das Urteil im Weinta[illegible]ungsprozeß Sartorius wurde nach neuntägiger Verhandlung in der Nacht zum Sylvester von der Frankenthaler Strafkammer gefällt, und zwar nachdem der Gerichtshof von 4 Uhr Nachmittags bis 1¾ Uhr Nachts, also volle neun Stunden, darüber beraten hatte. Während der endlos scheinenden Beratung hatten sich Gerichtssaal und das ganze Gerichtsgebäude Kopf an Kopf mit Menschenmassen gefüllt, auch auf der Straße warteten hunderte mit fieberhafter Spannung auf das Urteil in diesem Prozeß, der die ganze Pfalz in Aufregung gebracht hatte. Das kurz vor 2 Uhr Nachts verkündete Urteil lautete: Der Angeklagte Reichstagsabgeordneter Weingutsbesitzer Otto Sartorius wird wegen fortgesetzter Vergehen gegen das alte und neue Weingesetz zu einer Geldstrafe von 6000 Mark, bezw. sechs Monaten Gefängnis, sowie zur Tragung der Kosten verurteilt; außerdem wird die Einziehung der gefälschten Weine verfügt.

Bei der Strafabmessung kam straferschwerend in Betracht die Bildung des Angeklagten und seine Stellung im öffentlichen Leben, sowie ferner der große Gewinn, den er aus seinem Geschäftsbetrieb geschöpft hat. Als Strafmilderungsgrund wurde angenommen, daß der Angeklagte nicht Stoffe seinen Weinen beigemengt hat, die geradezu gesundheitsschädlich waren. Bezüglich der Verwendung des Mußbachwassers nahm das Gericht an, daß der Angeklagte im guten Glauben gehandelt hat, dieses Wasser benutzen zu können, zumal ihm von der Kreisuntersuchungsstation in Speyer, bei welcher er das Wasser untersuchen ließ, eine günstige Analyse gegeben worden war. Von der Verhängung einer Gefängnisstrafe sieht das Gericht schon deswegen ab, weil es nicht als erwiesen erachten konnte, daß die Bezeichnung S. K. Zuckerwasser bedeutet habe.

Dem Vernehmen nach hat Reichstagsabgeordneter Sartorius sofort seine Verteidiger beauftragt Revision beim Reichsgericht gegen das Urteil anzumelden.

Aufreizung zum Klassenhaß in der ersten der Welten. Unter der Spitzmarke: „Die Hunde des Milliardärs“ geht nachstehende Notiz durch die bürgerliche Presse: Mr. Pierpont Morgan junior, der Sohn des bekannten amerikanischen Nabobs, reiste dieser Tage von England, wo er sich aufgehalten hatte, nach den Vereinigten Staaten zurück, um das Weihnachtsfest im Kreise seiner Familie zu verleben. Dabei begleiteten ihn einige kostbare Hunde, die er sich in Schottland gekauft hatte und an denen er mit großer Liebe hängt. Damit nun die edlen Vierbeiner nicht unterwegs irgendwie Not litten, vielleicht auch um sie vor der Seekrankheit zu bewahren, mietete ihnen der hoffnungsvolle junge Millionärssprößling eine ganze Flucht von Staatskabinen auf dem Ozeandampfer, der sie und ihn von England nach seiner Heimat tragen sollte. Und zu diesen Kabinen nahm er noch ein eigenes Badezimmer hinzu, und ein besonderer Steward wurde mit dem Amte betraut, sie zu warten und zu pflegen.“ Das erinnert an die wahnsinnige Verschwendung der römischen Großen vor dem Zusammenbruche des Weltreiches. Herrn Morgans Fürsorge für die Hunde, während Tausende das Weihnachtsfest in ungeheizter Stube verbringen mußten, wirkt aufregender als Hunderte Reden sozialistischer Agitatoren.

Der dankbare Hagestolz. Ein dieser Tage in Massachusetts verstorbener Herr Walter hat vier Damen aus Dankbarkeit dafür, daß sie seine Heiratsanträge zurückgewiesen hatten, je 25,000 Dollars hinterlassen. — Der muß im Heiraten ein Haar gefunden haben.

Unterm Weihnachtsbaum verbrannt ist in Gaarden bei Kiel ein 2½jähriger Knabe. Als die Eltern das Zimmer wieder betraten, das sie auf kurze Zeit verlassen hatten, fanden sie das Kind mit schweren Brandwunden bedeckt, denen es bald darauf erlag. Der Knabe war mit seinem Kleidchen einem brennenden Lichte des Baumes zu nahe gekommen.

Glänzende Erfolge militärischer Erziehung. Die Ulanen Konrad Eberlein, Anton Treiber, Johann Lehmer und Bernhard Daun beim 2. Ulanen-Regiment in Ansbach überfielen am 7. Oktober vorigen Jahres 15 Rekruten in ihren Betten und schlugen auf sie ein, lediglich weil sie kein Bier bezahlten. Einem Rekruten zerriß dabei das Trommelfell. Zur Entschuldigung gaben die Angeklagten an, sie seien nach dem Eintritt zum Militär auch nicht anders behandelt worden. Eberlein war der Rädelsführer, er benahm sich außerdem in mehreren Fällen respektwidrig gegen einen Unteroffizier und befolgte Befehle des Wachtmeisters nicht. Er wurde zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis verurteilt und sofort verhaftet. Die drei anderen erhielten Gefängnisstrafen von sechs, vier und dreieinhalb Monaten.

Drei Kinder verschüttet. Aus Danzig wird gemeldet: Im nahen Ohra wurden drei vierzehnjährige Knaben beim Graben einer Grube durch herunterhängende Erdmassen verschüttet. Zwei von ihnen wurden gerettet, während der dritte nur als Leiche unter den Erdmassen hervorgezogen werden konnte.

Vom elektrischen Strom getötet. Im Elektrizitätswerk der Krupp'schen Fabrik in Essen a. d. Ruhr entstand an einem tausendpferdigen, probeweise in Betrieb gesetzten Dynamo unter furchtbarem Knall Kurzschluß. Der Monteur Krause aus Berlin von der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft wurde tödlich verbrannt. Auf der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“ wurde der Kokereiarbeiter Ottmann durch den elektrischen Strom getötet.

Wie ein „Spuk“ entsteht. In Marienchor (Ostfriesland) tauchte kürzlich das unheimliche Gerücht auf, daß auf einer sehr einsam gelegenen Brücke ein Spuk sein Unwesen treibe. Die Furcht vor dem Spuk ging soweit, daß Kinder die Schule versäumten, weil sie die Brücke nicht zu überschreiten wagten. Jetzt hat sich die Sache aufgeklärt. Am vorigen Freitag zwischen 4 und 5 Uhr Nachmittags kam ein 12jähriger Knabe über die Brücke. Plötzlich wurde er durch einen heftigen Knall dicht hinter sich sehr erschreckt. Als er sich umsah, erblickte er einen Stein, der vorher nicht dagelegen hatte, also doch wohl von irgendeinem Menschen geworfen sein mußte. Doch kein lebendes Wesen war ringsherum zu erblicken, und gruselnd lief der Junge nach Hause. Die Leute im Orte aber sagten, das können nur Gespenster gewesen sein! Und der „Spuk“ war fertig. Ein verständiger Mann ging der Sache schließlich auf den Grund. Er sah sich den geheimnisvollen Stein, der noch an Ort

...ständiger Schicht an verantwortungsvollstem Posten für die Stadt Breslau fronbete, saß am Sylvester-Abend arbeitslos daheim bei seiner achtköpfigen Familie!

So löst der Oberbürgermeister sein Wort ein! So achtet er das Koalitionsrecht der städtischen Arbeiter!

Um den Streich ganz verstehen zu können, muß man sich vor Augen halten, daß die „schwere Strafe" Reichelts, von welcher Herr Bender sprach, vierundzwanzig Jahre zurückliegt! Als zwanzigjähriger Mensch ist Reichelt wegen einer als Haushälter begangenen geringfügigen Unterschlagung zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt worden. Diese Strafe war der Verwaltung bekannt, als sie den Mann einstellte. Er war jetzt vierzehn Jahre lang ohne jede disziplinarische Strafe bei den Gaswerken beschäftigt. Er „avanzierte" sogar, indem er als Heizer angestellt wurde und drei Kessel zu bedienen hatte.

Weil er es aber wagte, vor dem Stadtgewaltigen nicht in die Knice zu sinken, wird er „sofort entlassen." Wahrlich, es geht nichts über freisinnigen Mannesmut gegenüber den — Untergebenen!

Es wird zu diesem Scharfmachergebahren noch manches zu sagen sein, doch wollen wir vorläufig den Eindruck der nackten Tatsache nicht verwischen.

* * *

Inzwischen erhalten wir die Nachricht, daß auch ein zweiter organisierter Arbeiter aus den städtischen Werken entlassen ist und zwar unter ganz offener Mitteilung, daß die Ausübung des Koalitionsrechtes den Grund zur Entlassung abgab. Es handelt sich um den Lackierer Zähler in der Verwaltung des Bauhofes. Der seit 6 Jahren bei der Stadt befindliche Handwerker wurde am Sonnabend Abend zu seinem Vorgesetzten gerufen und es entwickelte sich folgendes Zwiegespräch:

Aufseher: Zähler, Sie müssen Ihr Werkzeug abgeben.

Zähler: Das wird so schnell nicht gehen. Ich bin seit sechs Jahren hier und verlange eine Kündigungsfrist.

Oberaufsichtsbeamter Ender: Ja, ja Sie kriegen alles, vierzehn Tage Lohn im voraus, aber Sie müssen sofort weg.

Betriebsinspektor Langmann: Also Sie erhalten bis zum 13. Januar Lohn.

Zähler: Warum bin ich denn entlassen, soll ich nicht wenigstens den Grund erfahren?

Langmann: Ja, Sie haben immerfort Petitionen eingereicht, Ihre Unterschrift stand immer an erster Stelle, Sie haben in Versammlungen gehetzt, die Leute aufgewiegelt, das läßt sich der Bürgermeister nicht mehr gefallen, er will Ruhe haben.

Zähler: Wie würde Ihnen denn das gefallen, Herr Inspektor, so mitten im Winter auf die Straße gesetzt zu werden. Sie sind doch auch ein Angestellter.

Langmann: Die Beamten sind mit Ihnen auch nicht recht zufrieden.

Zähler: Und das hat man mir sechs Jahre lang nicht gesagt? Ich habe meine Arbeit doch immer pflichtgemäß gemacht.

Langmann: Ja, über die Arbeit wollen wir auch nichts sagen, es handelt sich um die Petitionen usw. Es soll aber Ruhe sein.

Zähler: Wenn Sie glauben, durch solche Stückchen Ruhe zu bekommen, dann täuschen Sie sich sehr, jetzt wird's schlimmer werden, dafür werden wir sorgen.

Zähler, der auch in seinem früheren Arbeitsverhältnis 11½ Jahre gestanden hat, also ein durchaus ruhiger und brauchbarer Arbeiter ist, hat sieben Kinder zu Hause. Er ist auf die Straße geworfen. Mitten im Winter! Wegen Ausübung des Petitions- und des Koalitionsrechtes ohne weitere Umschweife. Den zurückgebliebenen Arbeitern wurde eröffnet, daß sie in Zukunft keine Petitionen mehr abzusenden, sondern einzeln und persönlich um Lohnerhöhungen vorstellig werden müssen. Das ist das Koalitionsrecht in freisinniger Ausgestaltung.

Die Revolution in Rußland.

Die russische Regierung läßt verbreiten: Die revolutionäre Bewegung in Rußland wird gegenwärtig als gebrochen angesehen. Der völlige Zusammenbruch des Ausstandes ist die Frage einiger Wochen. Die revolutionäre Bewegung ist vor der Gewalt zurückgewichen; sie setzte sich dadurch in den Augen der Bevölkerung durchaus in Mißkredit.

Trotz der offiziösen Meldung vom Ende der Revolution in Moskau fanden dort, nach Privatberichten, neue heftige Kämpfe auf der Ssadowaja, der Twerskaja und anderwärts statt. Um 5 Uhr Nachmittags hörte die telegraphische und die telephonische Verbindung auf, sodaß Mitteilungen über die weiteren Geschehnisse nicht zu erlangen waren.

Die Moskauer Bewegung.

Die amtliche Telegraphen-Agentur meldet unterm 30. Dezember: Gegenwärtig sind drei „Banden" bewaffneter Revolutionäre hier tätig. Gestern versuchten sie, sich mit den Regierungsbehörden zu verständigen und erboten sich, die Waffen auszuliefern und sich zu ergeben, wenn ihnen freier Abzug gewährleistet würde.

Da jedoch die Bedingungen abgelehnt wurden, verschanzten sich die Aufständischen heute in den Häusern, welche, wie verlautet, von den Truppen genommen wurden. Die Haltung der Truppen zeigt, daß sie dem Fahneneid und der Regierung treu geblieben sind. Bis heute Abend wird die völlige Unterdrückung des Aufstandes erwartet. Gestern verübten die Aufständischen in den westlichen Vorstädten Greueltaten an Gefängnis- und Polizeibeamten. Heute ist alles ruhig. Massenhafte Verhaftungen wurden vorgenommen. Die Arbeiter haben sich gestern teilweise ergeben und ihre Waffen ausgeliefert. Seitdem General Mischtschenko hier Oberbefehlshaber ist, ist außer der Leibgarde des Semenow'schen Garde-Regiments noch die Dagesta-Kavalleriebrigade hier eingetroffen.

Die nach Moskau entsandten Abteilungen des Semenowschen Garderegiments machten sofort beim Eintreffen einen Bajonettangriff gegen die Revolutionäre, um den Jaroslawer Bahnhof zu räumen. Die Zahl der Opfer aus den Moskauer Schreckenstagen konnte noch nicht ermittelt werden. Ein Blatt meldet, daß in einigen Polizeibureaus und in den Totenkammern je fünf- bis sechshundert nicht-festgestellte Leichen liegen. Ein in der Arbatskaja stattgefundener Kampf forderte nach demselben Blatte 150 Tote und gegen 700 Verwundete. Auch die Verluste der Truppen sind erheblich, doch ist die Zahl der Getöteten bei diesen nur unbedeutend.

Bilder aus den Straßenkämpfen

entwirft der Moskauer Korrespondent des „Daily Telegraph" folgendermaßen: Die Kämpfe werden mit einer Entschlossenheit und einer Grausamkeit geführt, wie sie kaum jemals erhört worden ist. Eines der furchtbarsten Ereignisse war der Kampf um das Haus des Buchdruckereibesitzers Sytin. Dort hatten sich ungefähr achtzig bis neunzig Aufständische verschanzt, die Salve auf Salve gegen die Truppen feuerten. Schließlich rückte eine Abteilung Infanterie an, umzingelte das Haus, dessen Verteidiger durch einen Trompeter zur Uebergabe aufgefordert wurden. Als Antwort erfolgten neue Salven. Darauf zog sich die Infanterie zurück. Nach einer kleinen Pause rückte Artillerie an. Eine neue Aufforderung wurde an die Revolutionäre gerichtet, wenigstens das Haus zu räumen. Auch diesmal bildeten Gewehrsalven die Antwort. Nun wurde das Haus von der Artillerie beschossen. Bald waren breite Breschen in die Mauern gerissen. Flammen schossen aus beiden Stockwerken empor, die in dicken Rauch gehüllt waren. Sofort rückte die Feuerwehr an und mit Hilfe der Soldaten wurden Hydranten gegen das Haus gerichtet. Doch auch jetzt schossen die Revolutionäre weiter, so daß sich die Feuerwehr zurückziehen mußte. Es wurde nun versucht, die Revolutionäre zu überreden, herauszukommen oder doch zu erlauben, daß das Feuer gelöscht werde. Aber sie blieben völlig unzugänglich. „Weg da", ertönte es aus dem Hause, „oder wir schießen. Wir haben hier genug Wasser und können das Feuer selbst löschen." Und sofort eröffneten auch die Revolutionäre wieder das Feuer. Die erbitterten Feuerwehrleute und Soldaten drehten darauf das Wasser ab, so daß die Revolutionäre das Wasser nicht löschen konnten. Die Flammen züngelten um die Fenster und Mauern herum und wurden immer größer, intensiver und wilder, bis sie ihre Zerstörungsarbeit vollendet hatten und mit gewaltigem Krach die Stützen und das Dach des Hauses einstürzten, unter ihren Trümmern die Aufständischen begrabend. Offiziere, die bei den Angriffen auf das Haus die Truppen führten, versichern dagegen, daß die Revolutionäre, die Bomben unter die Truppen geschleudert und das Haus vorsätzlich in Brand gesteckt hätten, sich durch Seitenfenster in eine Nebengasse gerettet hätten.

Fallgruben, Stacheldrahtgeflechte und Hinterhalte werden allnächtlich von den Aufständischen in den Straßen angelegt. Improvisierte Festungswerke wachsen wie auf Befehl hervor. Beispielsweise wurden Montag Nacht Barrikaden in einer Länge von drei englischen Meilen angelegt. Sie waren durch Stacheldrahtzäune mit einander verbunden, und die ganze Arbeit ließ die Mitwirkung eines militärischen Technikers erkennen. Die Offiziere sind einfach starr über die Energie, den Fleiß und die Ausdauer, welche die Revolutionäre entfalten. Wo immer die Truppen vorrücken, werden sie aus Deckungen heraus mit wirkungsvollem Feuer empfangen, und wenn sie in der Richtung des Feindes zurückschießen, so geht ein Hagel tödlicher Kugeln von irgend einer anderen Seite, aus Fenstern, Türen und von Dächern herab auf sie nieder. Dazu werden sie durch die furchtbaren Explosionen todbringender Bomben demoralisiert, die unter sie geschleudert werden. Anrückende Verstärkungen werden in gleicher Weise empfangen und höhnische Hurrarufe verspotten dazu das Militär. Schließlich gelingt es den Truppen, unter großen Anstrengungen und Verlusten die Barrikaden zu nehmen. Aber die Revolutionäre sind verschwunden, um an einer anderen Stelle das gleiche erfolgreiche Manöver zu versuchen.

Unruhen im Lande.

Die „Nowoje Wremja" meldet aus Nischni-Nowgorod: Im Stadtteil Kunawino fand ein Straßenkampf zwischen den gemäßigten und extremen Parteien statt. Die Sormowo-Werke sind von der Stadt abgeschnitten. Gestern Abend schallte Kanonendonner von dort herüber und Feuerschein war weithin sichtbar. Ueber Nischni-Nowgorod, Sormowo und Umgegend ist der Zustand des außerordentlich verstärkten Schutzes verhängt.

Ueber die Vorgänge auf der Nikolaibahn bei Twer wird amtlich gemeldet: Bewaffnete Arbeiter hatten die Gleise auf der Wolgabrücke aufgerissen. Truppen mit Maschinengewehren „stellten die Ordnung wieder her", wobei 30 Arbeiter getötet und verwundet wurden.

Freitag wurde die Meldung verbreitet, daß ein Militärzug auf der Wolgabrücke bei Schiran verunglückt sei, wobei viele Personen ihr Leben eingebüßt hätten. Ein Brückenpfeiler soll durch eine Explosion beschädigt sein.

Im Baltenlande.

Am Sonnabend sind aus Riga Privatmeldungen eingegangen, denen zufolge dort ein heftiger Straßenkampf stattgefunden habe. Die Aufständischen sollen einen großen Teil der Stadt, die Stadtduma, einige Regierungsgebäude und den Bahnhof in Besitz genommen haben. Der Telegraph sei zerstört.

In Riga ergriffen Revolutionäre drei Herren, die aus einem Restaurant heraustraten, verbanden ihnen die Augen und erschossen sie. (?) Die Mörder sind entflohen. Derartige Schreckenstaten kommen täglich vor. Augenscheinlich ist die Behörde machtlos. Der Staat ist vollständig in den Händen der Aufständischen oder, wie sie sich nennen, des Lettischen sozialdemokratischen Komitees. Auf den verwüsteten Majoratssitzen der Umgegend sind kostbare Altertümer, seltene Waffen und Sammlungen vernichtet worden.

Wie aus Mitau gemeldet wird, haben es bei den Ueberfällen auf Güter die bewaffneten Banden besonders auf die Spiritus-Brennereien abgesehen, die sofort vernichtet werden.

Die Eisenbahnlinien Mitau—Riga nahmen den Betrieb wieder auf, während der Verkehr zwischen Mitau und Libau durch Beschädigung der Strecke erschwert ist. Infolge der geringen Zufuhr an Rohmaterial stellten viele Fabriken den Betrieb ein.

Neues Parteiblatt.

In den nächsten Tagen beginnt in Wilna eine neue tägliche sozialdemokratische Zeitung des Allgemeinen jüdischen Arbeiterbundes zu erscheinen. Die Zeitung wird den Namen „Der Wecker" tragen.

Arbeitslosigkeit und Sozialismus in England.

Von Th. Rothstein.

(Schluß.)

Zum großen Teile aus echt proletarischen Elementen zusammengesetzt, die den Druck der Arbeitslosigkeit am eigenen Leibe fühlten, aber zur selben Zeit auch ihre revolutionäre Bedeutung begriffen, entfaltete die Sozialdemokratie sofort eine Agitation zugunsten der Wiederherstellung der geraubten Arbeiterrechte. Mit Hinweis auf das Statut von 1601, das eigentlich niemals abgeschafft worden ist, forderte sie eine Reihe von Maßregeln, wie die Einführung eines gesetzlichen Achtstundentages, die Veranstaltung von öffentlichen Arbeiten seitens der Staats- und städtischen Behörden, besonders aber die Gründung landwirtschaftlicher und industrieller Kolonien, wo die Arbeitslosen korporativ und für den eigenen Gebrauch produzieren könnten. Das letztere mag utopistisch klingen, allein die Sozialdemokratie wußte ganz gut, daß, indem sie diese Forderung erhebt und propagiert, sie den Hebel schmiedet, mit dem man einst die bürgerliche Gesellschaft in England aus den Angeln heben kann. Sollte nur einmal der Ansturm der Arbeitslosen zu stark für den Staat werden, so daß der letztere nachgibt, und seine Verantwortlichkeit gegenüber der Arbeitslosigkeit wieder anerkennt, dann tritt das Statut Elisabeths wieder in Kraft, das unvereinbar ist mit der kapitalistischen Gesellschaft. Natürlich glaubt niemand an eine friedlich-schiedliche Ausschaltung des Kapitalismus durch Arbeitskolonien. Jeder weiß ganz gut, daß, sogar wenn der bürgerliche Staat im Prinzip dem A zustimmte, es einer Revolution bedürfen würde, um das schließliche Z in Wirklichkeit umzusetzen. Gerade aber, weil dem so ist, ist es ein taktischer Vorteil, im voraus das exakte Streitobjekt zu definieren, um einen bestimmten Ausgangspunkt zu haben.

Die herrschenden Klassen Englands sehen dies auch ganz klar ein und widersetzen sich mit all ihrer Macht den Forderungen, die ihnen aufgedrängt werden. Als im Jahre 1886 der Ansturm der Arbeitslosen wirklich zu groß wurde — an einem grauen Februartag wurden alle Fensterscheiben in mehreren Westendklubs eingeschlagen, und die Zeitungen erschienen nächsten Morgen mit der schauderhaften Meldung, daß John Burns mit einer Menge von fünfzigtausend Arbeitslosen auf das Westend losmarschierte —, da erließ die Regierung an alle Kommissionen für Armenunterstützung ein Rundschreiben, wo sie die größte Nachsicht sogar gegenüber den Arbeitsfähigen empfahl, und zugleich eröffnete der Londoner Lordmayor die Sammlung für einen Arbeitslosenunterstützungsfonds, der binnen wenigen Tagen an 60,000 Pfund Sterling aufweisen konnte. Auch bekamen damals die sämtlichen städtischen Behörden den Befehl (und zwar auf Grund einer direkten Anregung einer sozialdemokratischen Deputation beim Ministerium), öffentliche Arbeiten zu organisieren — eine Praxis, die seitdem überall nachgeahmt wird. Damit aber war alle Anstrengung zu Ende. Es gelang, die Arbeitslosen mit diesen Lappalien zurzeit abzufertigen, und da darauf die Konjunktur sich aufbesserte, starb allmählich die Agitation ab. So wich man der Notwendigkeit aus, die Staatsmaschine weiter in Bewegung zu setzen, und damit die Verantwortlichkeit des Staates offen zuzugestehen.

Jahre gingen vorüber. Es kam die Hochflut der „Prosperität", und der revolutionäre Gedanke erreichte seinen Tiefpunkt. Im Winter 1902—03 trat plötzlich eine Krise ein. Der Krieg war beendet, die von ihm forcierte Produktion in manchen wichtigen Industriezweigen kam zu einem Stillstand, und der Arbeitsmarkt wurde überfüllt von einer Menge entlassener Reservisten und Freiwilligen. Sofort griff die Sozialdemokratie ein. Es wurden jene täglichen tausendköpfigen Prozessionen der Arbeitslosen durch die Straßen des aristokratisch-plutokratischen Westends organisiert, die der sensationellen europäischen Presse so viel „herzbrechenden" Stoff gaben, und wieder wurden die alten Forderungen erneuert, daß der Staat seine Verpflichtungen anerkenne, und im Sinne des Elisabeth'schen Statuts eingreife. Merkwürdigerweise wurden diesmal die Forderungen auch von der bürgerlichen Demokratie anerkannt, und selbst der Londoner Grafschaftsrat stellte in ihrem Sinne ein ganzes Programm auf. Die Erklärung dafür muß wohl darin gesucht werden, daß die beständigen, von der Sozialdemokratie geschickt organisierten Massenforderungen der Arbeitslosen nach Beschäftigung und sonstiger Unterstützung ganz unerträglich für die Lokalbehörden — die städtischen und grafschaftlichen Verwaltungen — wurden. Der Gedanke, auf den Staat die ganze materielle und finanzielle Verantwortlichkeit in der Sache abzuwälzen, erschien ihnen durchaus lockend. Damit aber war der Sozialdemokratie ein neuer Stützpunkt für ihre Agitation angewiesen. Als im Herbst 1904 die Arbeitslosigkeit wieder einen großen Umfang annahm, stellte sie direkt die Forderung, das Parlament möge zu einer speziellen Herbstsession zusammenkommen, um gesetzgeberisch die Not zu lindern; und da die Regierung sich sträubte, machte sie mit glänzendem Erfolg die Lokalbehörden gegen sie mobil. Das war ein Schlag ins Herz. Noch ein paar Wochen vorher hatte sich der Minister der Lokalverwaltung, Long, geweigert, eine Arbeitslosendeputation zu empfangen, indem er nach berühmtem Muster erklärte, es gebe in London keine Not. Jetzt plötzlich fand er sich in einer Klemme. Der Ansturm der Lokalbehörden ließ sich nicht ignorieren; andererseits ihren Forderungen Folge leisten und das Parlament zusammenberufen, hieß den fatalen Rubikon überschreiten und den Staat in der Sache verantwortlich machen. Herr Long wählte die „mittlere Linie". Er ließ eine Deputation aus allen Londoner Lokalbehörden zu sich kommen und sprach: Es herrsche zwar im Lande keine große Not, aber wenn wir die Leute den Agitatoren überließen und selbst nichts für

---

und Stelle lag, an und erkannte ihn bald als einen Meteoriten. Es war ein etwa handgroßes Stück von 830 Gramm Gewicht, ein Gemenge von Stein und Eisen. Der Stein hätte vollkommen genügt, den Knaben zu zerschmettern.

Eine „Hexenaustreibung" ist noch kurz vor Jahresschluß im Kreise Osthavelland vorgekommen. Ueber den [illegible] Vorgang wird uns folgendes Tatsächliches berichtet:

Die Ehefrau eines wohlhabenden Eigentümers in Grünefeld war andauernd krank; alle Hilfe schien vergebens. Da trat ihre Schwiegermutter, die gleichfalls in diesem Orte wohnt, mit der Behauptung auf, daß die junge Frau verhext sei; auch andere Dorfbewohner gelangten alsbald zu dieser Ansicht. Auf Anraten von Bekannten wurde eine „kluge" Frau aus Berlin zu Rate gezogen, der von vielen Landleuten des Havellandes die Fähigkeit [illegible] wird, daß sie Hexen austreiben könne; sie [illegible] und war nun überzeugt, daß eine Hexe in die Betten [illegible] gefahren sei! Hilfe sei nur dadurch zu erlangen, daß die behexte Frau ihren Wohnsitz ändere; [illegible] auch [illegible] von ihr weichen. Der Landmann hat darauf ein [illegible] in dem Dorfe Falkenhagen gekauft und ist dorthin mit seiner Frau übergesiedelt. Von Stund an ist diese vollständig gesund; die Hexe ist also wirklich ausgetrieben worden, wie die mit dem Verkauf bekannt gewordenen Landleute jetzt [illegible] unerschütterlich glauben.

Ein Meister der Selbstverteidigung. Der Japaner [illegible] Higashi stellte sich im Apollotheater zu Berlin einem geladenen Publikum als „Meister der Selbstverteidigung" vor, als einen der besten Kenner Jiu-Jitsu-Methode, mit deren Hilfe es möglich ist, selbst den stärksten Gegner zu bezwingen. Jiu-Jitsu hat, wie man weiß, mit dem Ringkampf an sich nichts zu tun, wenigstens nichts mit dem griechisch-römischen; Jiu-Jitsu ist ein Trick, gegen den vielleicht nur in ganz außergewöhnlichen Fällen Nelson und Kreuzfallgriff, Nackenschläge und Armaufreißer helfen. Der Trick besteht darin, daß der Jiu-Jitsu-Kämpfer seinen Gegner an den Stellen des Körpers packt, an denen die motorischen Nerven endigen. Hier übt er einen so starken Druck aus, daß eine Lähmung eintritt und der Gegner am ganzen Körper geschwächt wird, so daß er außer stande ist, sich zu bewegen. Je mehr aber der Gegner bemüht ist, durch Aufbietung seiner Kräfte sich der Fessel zu entziehen, je mehr verstärkt er den Druck, je intensiver wird die Lähmung. Der Gegner geht also an der Entfaltung seiner eigenen Kraft zu Grunde. Higashi, der nur 110 Pfund wiegt, rang mit zwei Hünen von 220 und 210 Pfund, und beide waren innerhalb weniger Minuten bezwungen.

sie täten, dann sei es kein Wunder, daß staatsgefährliche Lehren einen weiten Widerhall fänden. Er empfahl daher, in den Bezirken eine Lokalkommission einzusetzen, wie auch eine Zentralkommission aus deren Vorstehern. Diese Kommissionen sollten die spezielle Aufgabe übernehmen, öffentliche Arbeiten — darunter auch landwirtschaftliche Kolonien — einzurichten. Da er aber ohne das Parlament kein Geld dazu geben könne und es auch unzweckmäßig wäre, dazu das Parlament aufzufordern, da die Sache erst in der Praxis geprüft werden müsse, so werde er den Londoner Lordmayor ersuchen, aus privaten Beiträgen die notwendigen Mittel zu beschaffen. Er verspreche aber, wenn das Experiment gelinge, eine diesem Plane entsprechende Gesetzesvorlage in der kommenden Session des Parlamentes einzubringen.

Herrn Longs Plan wurde auch ausgeführt. Man gründete Kommissionen, man brachte an 60,000 Pfund Sterling zusammen, man organisierte mehrere öffentliche Arbeiten — hauptsächlich Straßen- und Gartenarbeiten —, man gründete einen Farmbetrieb für Arbeitslose — und man half 2000 Mann! Da die Zahl der Arbeitslosen in London an 200,000 heranreichte, so war das Ergebnis recht kümmerlich. Allein man tröstete sich mit der Gewißheit, daß in der kommenden Session der entschiedene Schritt gemacht werden würde, und daß der Staat seine Verantwortlichkeit endlich wieder anerkennen werde.

Nun, man rechnete nicht, wie der Engländer sagt, mit dem Wirt. Eine Bill ward wirklich eingebracht, die dem Plane Longs entsprach; sie gab auch den Lokalbehörden das Recht, die Mittel der Steuerzahler bis zu einem gewissen Grad (einen halben Penny pro Pfund (gleich 2 pro Mille) vom Reinertrag der Immobilien) in Anspruch zu nehmen; auch wurde die von Long geschaffene Organisation auf das ganze Land ausgedehnt. Eins aber enthielt sie, das ihren ganzen moralischen Wert (der materielle war so wie so gleich Null) zunichte machte: sie bestimmte, daß der Arbeitslohn der Arbeitslosen geringer sein müsse, als der des durchschnittlichen unqualifizierten Arbeiters in privater Beschäftigung. Damit war das unheilvolle Prinzip in das Gesetz hineingebracht, auf dem die ganze jetzige Armenverwaltung Englands ruht. Der Notleidende bekommt seine Unterstützung nicht als Recht, sondern als öffentliches Almosen, und der Staat weicht wieder einmal seiner Verantwortlichkeit aus. Das fachte die Agitation von neuem an, und da die Arbeiterpartei auf Erreichung dieses Satzes bestand, erklärte endlich Herr Balfour, der Premier, ganz offen: wir erkennen die Verantwortlichkeit des Staates nicht an, und da Sie in der Gesetzesvorlage eine solche Anerkennung erblicken, ziehen wir sie zurück! Damit war das große Geheimnis ausgeplaudert, und es führte zu jener Szene, wo Genosse Keir Hardie die leidenschaftlichen Worte von „fetten Bestien" den Herren ins Gesicht schleuderte.

Allein in einem späteren Moment der Schwachheit — daran, wohlgemerkt, trägt Keir Hardie keine Schuld, wohl aber seine liberalisierenden Fraktionsgenossen — ging die Arbeiterpartei mit der Regierung auf ein „Kompromiß" ein, das darin bestand, daß die Regierung dem Volke überhaupt nur irgendwelches Gesetz gewähre, mag es auch nichts enthalten, was den staatserhaltenden Parteien unbequem ist. Eine solche „Kompromiß"-Bill wurde auch eingebracht, durchgeführt und ist jetzt Gesetz. Es läßt die früher projektierte Organisation bestehen; auch die Bestimmung betreffs des geringeren Lohnes blieb darin; außerdem aber war nunmehr der Paragraph entfernt, der den Lokalbehörden ermöglichte, die Steuermittel in Anspruch zu nehmen, und durch einen anderen ersetzt, der ein solches Verfahren nur für die organisatorischen Ausgaben, nicht aber für die Bezahlung der Löhne gestattet. Die letzteren dürfen, wie früher, nur aus freiwilligen Offerten privater Wohltäter bezahlt werden!

In dieser Weise ist auch diesmal das historische Wort unausgesprochen geblieben. Wie die Aale haben sich die herrschenden Klassen aus der Klemme herausgewunden und haben die Gefahr abgewehrt. Allein das dürfte zum letzten Mal gewesen sein. Die Sozialdemokratie betreibt im Verein mit dem Londoner Gewerkschaftskartell eine energische Arbeitslosenagitation und fordert von neuem das Eingreifen des Staates. Ihr Hauptziel ist jetzt, das Arbeitslosengesetz zu amendieren und das Parlament zu zwingen, den Staatssäckel zu öffnen. Mit diesem Zwecke hatte sie, durch das Gewerkschaftskartell und andere Organisationen, eine große Arbeiterinnendemonstration im Westend veranstaltet und nachher eine Deputation zum Premier geschickt der die zukünftigen Geschichtsschreiber wohl eine historische Bedeutung beimessen werden. Es waren hungrige Männer und Frauen mit weinenden Kindern an der Brust, die der Hauptvertrauensmann der bürgerlichen Gesellschaft vor sich sah, und es klang ein flammender Protest, bisweilen auch eine Drohung aus allen ihren Worten. Der Premier war tief erschüttert, gab jedoch kein Versprechen ab. Er gestand ganz offen, daß die bürgerliche Gesellschaft nicht imstande sei, die Arbeitslosenfrage zu lösen — ein revolutionär wirkendes Eingeständnis! —, und ersuchte die Arbeiter, die Wirksamkeit des neuen Gesetzes abzuwarten. Ein paar Tage später, auf dem Lordmayors-Bankett in Guildhall, wandte er sich an die Reichen und Mildtätigen und ermahnte sie, den Arbeitslosen zu Hilfe zu kommen, damit dem Lande der Frieden erhalten bleibe. Gleich am Morgen darauf sandte die Königin an den Lordmayor 2000 Pfund, das gleiche tat der König, und binnen einer kurzen Zeit wuchs des Lordmayors Fonds bis auf 100,000 Pfund Sterling an.

Das alte erprobte Rezept wurde wieder angewandt; wie gering aber seine Wirkung noch ist, zeigt die großartige Demonstration, die unter Leitung der Sozialdemokratie und des Gewerkschaftskartells am Montag, den 20. November, in den Westendstraßen abgehalten wurde. Solch eine Arbeitslosendemonstration hatte London noch nie zuvor gesehen, ihre Stimmung aber war noch bedeutsamer. Sie kennzeichnet sich durch das Motto, das auf sieben Bannern aufgeschrieben war und auch den Refrain aller Reden bildete: „Verflucht sei Eure Mildtätigkeit, wir fordern das Recht auf Arbeit!" In diesem Sinne wurde auch auf dem Riesenmeeting in Hydepark am Schlusse der Demonstration eine Resolution angenommen, die obendrein „einen unaufhörlichen Krieg gegen die kapitalistische Gesellschaft ankündigte."

Damit wird der zwanzigjährige Kampf um das „Recht auf Arbeit" in die entscheidende Phase treten. Das hat auch schon äußerlich seinen Ausdruck darin gefunden, daß ein „Nationales Recht-auf-Arbeit-Komitee" sich gebildet hat, an das sich überall Arbeiterorganisationen anschließen. Die Gärung unter den Arbeitslosen ist sehr groß, und was in einem gewissen Sinne noch wichtiger ist, auch die Trades Unions machen die jetzige Bewegung mit. Jedenfalls werden die herrschenden Klassen nicht lange Ruhe haben, auch wenn es ihnen gelingt, einer sofortigen Lösung des Arbeitslosenproblems auszuweichen. Das, was vor zwanzig Jahren bloß die Parole der Sozialdemokratie war, ist jetzt die allgemeine Parole der Arbeiterklasse geworden, und gleich bei der ersten Verschärfung der Arbeitslosigkeit wird sie sofort und noch mächtiger erschallen und eine Antwort erzwingen oder eine Bewegung entfesseln, die zur Revolution führt.

Das ist keine leere Prophezeiung, die wir hier machen, England ist so unähnlich allem dem, was wir auf dem Festland sehen, daß viele unserer Maßstäbe völlig versagen, wenn wir sie an England anwenden. So glaubt man überall, daß England noch sehr weit von einer sozialen Revolution stehe, da es keine große sozialistische Partei besitzt. Dem ist nicht so. Was dem englischen Volk an theoretischer Tiefe mangelt, das wird ergänzt vom Leben selbst, das so weit fortgeschritten ist, daß die Lösungen der verschiedenen Probleme sozusagen automatisch sich entwickeln. Die Arbeitslosigkeit ist in England das wichtigste und das meistdrückende dieser Probleme, und die soziale Revolution als deren Lösung drängt uns das Leben selbst auf. Sie kann wohl eintreten, ehe das Volk noch erkennt, wohin eigentlich der Lauf geht. Im Anfang war die Tat!

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 2. Januar.

* **Aenderung von Hausnummern.** Aus Geschäftskreisen erhalten wir folgende Zuschrift mit der Bitte um Veröffentlichung:

Die Aenderung der Hausnummern ganzer Straßen hat für den Geschäftsverkehr in den davon betroffenen Stadtteilen eine bedeutende Erschwerung im Gefolge. Es besteht nämlich jetzt die Gepflogenheit, beim Anschlagen der neuen Nummern die alten zu entfernen, ohne daß dem Publikum von der neuen Nummerierung Mitteilung gemacht wird. Dadurch entsteht den Geschäftsleuten, die in den Häusern Geschäftsverbindungen haben, viel Aerger und Verdruß. Zum Beispiel: Es hat jemand in dreißig Häusern der Berlinerstraße Kunden, die jede Woche oder jeden Monat besucht werden müssen. Die Grundstücke dieser Straße sind zur Zeit noch fortlaufend numeriert. Jetzt wird ohne irgend welche Bekanntmachung die neue Numerierung vorgenommen wodurch die geraden und ungeraden Nummern auf je eine Seite zu stehen kommen. Wird nun ein mit den alten Nummern nicht vertrauter Bote zur Erledigung der Geschäfte in den dreißig Häusern ausgesandt, so wird er, wenn er etwas Mutterwitz besitzt, wenn auch unter bedeutendem Opfer an Zeit, die richtigen Hausnummern auskundschaften. Ist der Bote aber nur ein Durchschnittsmensch, dann wird er unverrichteter Sache zurückkommen. Es wäre dringend zu wünschen, daß eintretende Aenderungen von Hausnummern vorher in der Presse bekannt gegeben werden, damit die Geschäftswelt diesbezügliche Vermerke in ihren Büchern machen kann. Am besten wäre es freilich, die alten Nummern blieben mit dem Vermerk „früher" noch eine Zeitlang stehen, bis die neuen Nummern genügende Beachtung gefunden haben. Z.

* **Ueber eine vorzeitige Totenbestattung** geht uns folgender Bericht zu.

Mittwoch, den 27. Dezember, starb im städtischen Pflegehause zu Herrnprotsch der frühere Ziegeldrucker Ernst B. Da der Verstorbene entmündigt war, wurde dem Vormund vom Ableben durch die Anstaltsverwaltung Mitteilung gemacht und die Beerdigung auf Sonnabend, den 30. Dezember, früh 8½ Uhr, festgesetzt. Der Vormund wurde ferner ersucht, den Angehörigen des Verstorbenen, deren Adressen der Anstalt nicht bekannt waren, hiervon Kenntnis zu geben. Es sind das vier Kinder im Alter von 6, 12, 17 und 19 Jahren. Die letzten beiden fuhren in Begleitung einer Freundin am Sonnabend nach Herrnprotsch. Vor der Anstalt angelangt, wurden sie gefragt, ob sie zum Begräbnis des V. könnten. Auf die zustimmende Antwort erhielten sie die verblüffende Nachricht, daß die Beerdigung schon am Freitag erfolgt ist. Die Abweichung von dem Termin wurde damit motiviert, daß der Pastor Sonnabend zur Konferenz fahren mußte und daher an dem Tage nicht amtieren könne. Auf ihren Wunsch wurden die Leidtragenden auf den Friedhof geführt und daselbst ein frischer Grabhügel als derjenige ihres Vaters bezeichnet. Auf wessen Veranlassung die frühe Beerdigung erfolgt ist, wurde nicht festgestellt, es ist aber zweifellos interessant, zu erfahren, wer die wenig rücksichtsvolle Anordnung getroffen hat.

* **Zoologischer Garten.** Unsere neuen Erwerbungen: zwei Geparden, ein Paar Elen-Antilopen, ein Paar Dybowski-Hirsche und ein weibliches Zebu haben in den Weihnachts-Feiertagen zahlreiche Besucher herbeigezogen und allgemeinen Beifall gefunden. Sämtliche Tiere haben sich gut an ihre Umgebung gewöhnt und selbst die anfangs sehr scheuen Dybowski-Hirsche werden allmählich vertrauter. Die Elen-Antilopen kommen ja in dem alten halbdunkelen Antilopenhause nicht ganz zur Geltung; man wird erst im Frühjahr, wenn sie sich im Außengehege tummeln, sehen können, was für stattliche Tiere es sind. Ein sehr munteres Paar sind die beiden jungen Geparden, die mit ihrem Wärter schon vollständig vertraut sind, sich streicheln lassen und viel mit einander spielen. Der seit dem Frühjahr in einem großen Außenkäfig des kleinen Raubtierhauses untergebrachte Schneepanter hat sich prächtig entwickelt, und nachdem vor kurzem ein Kletterbaum in seinem Käfig aufgestellt ist, kann man auch namentlich gegen Abend seine Fertigkeit im Springen bewundern. Eine merkwürdige und abnorme Erscheinung wurde seit zwei Jahren an einer der Mähnenhirschkühe, von denen der Garten eine ganze Anzahl besitzt, beobachtet. Das etwa sechsjährige Tier hat schon mehrere Junge geworfen, die aber immer nur wenige Stunden oder höchstens zwei Tage am Leben blieben. Im Frühjahr 1904 entwickelte sich nun auf der linken Seite des Schädels eine Art von Gehörn, das etwa 3 Zentimeter Länge erreichte und im Herbst abfiel, ohne daß es gefunden werden konnte. Bald bildete sich auf derselben Stelle ein neues Gehörn, welches vor einigen Tagen, am 28. Dezember, abgeworfen wurde. Es ist ein 8½ Zentimeter langes ganz normales Gehörn, umgesetzt, schön geperlt und mit gut entwickeltem Rosenkranz. Solche Geweihbildungen bei weiblichen Hirschen gehören immerhin zu den Seltenheiten. Bei Rehricken, wo sie zuweilen beobachtet werden, nahm man an daß diese Tiere unfruchtbar seien. Köpfe und Schädel solcher „gehörnten Rieken" findet man in manchen Museen und Privatsammlungen als große „Raritäten".

* **Gestohlen** wurden aus einem Hause auf der Promnitzstraße ein Fahrrad „Stövers Greif" 48097, aus einem Hause auf der Klosterstraße ein Fahrrad, aus dem Schaufenster eines Restaurants auf der Hubenstraße nach Zertrümmerung der Scheibe zwei imitierte Likörflaschen, von einem Handwagen zwei Flaschen Burgunderpunsch, einem Restaurateur auf der Rendorfstraße ein Sofatisch und eine Krautkonne und von einem Wagen zwei Flaschen Brennspiritus.

* **Vandalismus?** In der Nacht zum M. wurde Schmiedebrücke 50 eine Schaufensterscheibe von einem Schneidergesellen zertrümmert. Nach seiner Festnahme gab er an, in betrunkenem Zustand von einem unbekannten Manne gegen die Scheibe geschleudert worden zu sein.

* **Unfall.** Am M., Nachmittags, wurde ein fünf Jahre alter Knabe auf der Bohrauerstraße durch einen Rollwagen überfahren. Im Krankenhause Bethesda wurde festgestellt, daß der Knabe nur leichte Verletzungen erlitten hatte.

* **Feuer.** Am 29. v. M., Abends, drang aus dem Fenster einer Waschküche in dem Grundstück, Bismarckstraße 31 Wasserdampf, weshalb eine Lehrerin die Feuerwehr alarmierte.

* **Vermißt** wird seit dem 16. v. M. der Aushilfsschaffner Alois Günther, Kleinburgstraße 34.

* **Lebensmüde.** Am 30. v. M., Morgens, sprang ein Dienstmädchen bei der Wilhelmsbrücke in die Oder. Das Mädchen wurde noch lebend ans Land gezogen.

* **Polizeiliche Meldungen.** In das Polizeigefängnis wurden am 1. d. M. 21 Personen eingeliefert. — Abhanden kam ein Portemonnaie mit 80 Mk. — Mit Beschlag belegt wurde eine fast neue silberne Remontoiruhr, Nummer 23,725, mit Doublekette, an welcher sich ein Medaillon in Herzform befindet, ferner ein Kettenarmband mit einer durchlochten Kugel als Anhänger.

Aus Schlesien und Posen.

Eine niedliche Enthüllung über die Gesinnungszulage

macht ein Kattowitzer Lehrer im Sprechsaal des „Oberschlesischen Tageblattes". In einigen Blättern war vorher mitgeteilt worden, daß die „Ostmarken-Zulage" — richtiger Gesinnungs-Zulage — sehr ungerecht verteilt werde. In Piekar zum Beispiel hätten nur drei Lehrer solche „Prämien auf ihre gute Gesinnung" in Höhe von 60 bis 75 Mark — wie „nobel" — erhalten. Ferner hieß es in dieser Notiz:

„Diese Art Weihnachtsgratifikation an vereinzelte Lehrer sind gewiß nur dazu angetan, in den Herzen der nicht bevorzugten die Weihnachtsstimmung zu stören und im neuen Jahre Lust und Liebe zu der so schlecht bezahlten Lehrerarbeit zu verringern. Bei Verwaltungen und Kommunen erhalten entweder alle Beamten Weihnachtspräsente oder sie müssen alle darauf verzichten. Warum ist das beim Schulfach möglich? Oder warum werden durch die Verteilung solcher Gaben nicht die Härten in der Verschiedenheit der Lehrerbesoldung ausgemerzt oder ausgeglichen."

Darauf antwortet nun obengenannter Lehrer:

„Man war vielfach des Glaubens, daß die Ostmarkenzulage nur an solche Lehrer verteilt wurde, die sich besondere Verdienste um das Deutschtum in der Volksschule erworben hätten. Diese Annahme ist jedoch irrig! Ein Lehrer, der sich ebenfalls zum Empfange dieser Zulage berechtigt glaubte, trug seine Ansicht dem Kreisschulinspektor vor. Von diesem wurde dem Lehrer die verblüffende Antwort, daß er bei der Verteilung **auch den Grad der persönlichen Beliebtheit des Lehrers** seinen Vorgesetzten gegenüber berücksichtigt habe. In schärfsten Worten geißelte der Vorgesetzte das Benehmen einiger Lehrer, die es wagten, bei Antritt seines Amtes manche seiner Anordnungen — selbst durch die Presse — einer Kritik zu unterziehen. Weiter, wie es kommt, daß nur einzelne Ortschaften mit diesem Goldregen bedacht wurden, während andere (auch Kattowitz, dabei leer ausgingen? Sollten denn die Herren aus diesen Ortschaften durchweg faules Gesichter sein, oder, was noch schlechter wäre, Knochen im Leibe haben?"

Wenn es noch einer Brandmarkung dieser echt preußisch-schofleu Einrichtung der „Ostmarken-Zulage" bedurft hätte, so wäre sie mit dieser Enthüllung geschehen! Also nur die Schmeichler und Speichellecker erhalten Prämien! Und dazu bewilligt die Familien-Versammlung der Krautjunker, so sich „preußischer Landtag" zu nennen die Dreistigkeit besitzt, Hunderte von Millionen aus Steuergroschen des Volkes!! Leider besitzt die große Mehrheit der Lehrer nicht Rückgrat und Selbstachtung genug, in wirksamer Weise gegen die Urheber dieser erbärmlichen Gesinnungs-Prämiierung vorzugehen. Im Gegenteil! Sie selbst unterstützen bei den Landtagswahlen zum großen Teile diejenigen, die diese schofle Einrichtung als „im Interesse des Deutschtums notwendig" verteidigen.

Vom Polizeikampf gegen die Arbeiter

in Oberschlesien sei ein weiteres Beispiel bekannt gegeben:

Am zweiten Weihnachtsfeiertage hatte der Arbeitersekretär Franz Scholtyssek aus Beuthen eine Versammlung im Gewerkschaftshause in Roßberg eröffnet, in der als Referent Woitzichowski aus Berlin auftreten sollte. Da sich die Versammlung jedoch den den Arbeitern völlig unverständlichen polizeilichen Anordnungen nicht fügen wollte, wurde sie vom Polizeiwachtmeister Zurowietz aufgelöst.

Mehrere Arbeiter sollen nun zum Verbleiben aufgefordert haben, womit für die Polizei eine neue Gelegenheit geschaffen ist, eine neue gerichtliche Aktion gegen die Arbeiter zu inszenieren. Tatsächlich meldet bereits die „Grenz-Zeitung", daß „gegen die Rädelsführer und andere Störenfriede Strafantrag gestellt" worden sei. Das reibt in Oberschlesien nie ab.

Daß deine linke Hand nicht wissen . . . .

Oberschlesische Blätter überstürzen sich wieder einmal, das Lob eines „Wohltäters der Menschheit" in allen Tonarten zu singen. Es wird da unter anderem mitgeteilt:

„Generaldirektor von Prondzinski zu Groschowitz hat an die Angestellten der ihm unterstellten Zementfabrik 36,000 Mark als Weihnachtsgeschenk verteilt. Es haben unter anderem erhalten die über 10 Jahre in der dortigen Fabrik tätigen Arbeiter je 75 Mark, Arbeiter mit acht- bis zehnjähriger Dienstzeit je 50 Mark, Arbeiter mit geringerer Dienstzeit erhielten einen entsprechend niedrigeren Betrag."

Was der Herr Wohltäter den Arbeitern für Löhne zahlt und was er selbst das ganze Jahr hindurch an „Weihnachtsgeschenken" vereinnahmt — das wird wohlweislich verschwiegen. Und doch wäre das viel interessanter, als die Mitteilung, daß ein Arbeiter, der 8 bis 10 Jahre lang Mehrwert für das Werk schaffte, ganze 50 Mark Trinkgeld erhielt!

Ein Dokument.

Der Anstreicher R. K. in Posen, der während des Sommers längere Zeit krank war und nach seiner Genesung keine Arbeit erhalten konnte, der außerdem eine zahlreiche Familie hat, wandte sich in seiner Not an den Magistrat der Stadt Posen mit der Bitte, ihm irgend eine Beschäftigung zu gewähren in der Annahme, daß die Verwaltung einer so großen Stadt doch verschiedentlich Arbeitsgelegenheit zu vergeben hat. Als Antwort auf sein Gesuch erhielt K. nach drei Wochen (!) das folgende Schreiben:

Posen, den 11. Dezember 1905.

Magistrat
der Provinzial-Hauptstadt Posen
Abteilung I.
J.-Nr. I 8057/05.

Zum Gesuch vom 21. November cr.

Zur Zeit bietet sich keine Gelegenheit zu Ihrer Beschäftigung.

Bei Eintritt von Schneefällen können Sie sich bei der Stadtinspektion, Wronkerplatz Nr. 1, zwecks Verwendung als Arbeiter bei der Schneeabfuhr melden.

(Name unleserlich.)

Der Mann hat also keine Arbeit, wohl aber die Vertröstung auf künftige Schneefälle erhalten. Hoffentlich erlebt er mit seiner Familie den nächsten Schneefall noch und hoffentlich ist der nächste Schneefall so ausgiebig, daß er abgefahren werden muß, sonst nützt ihm der schöne Trost garnichts. Für unseren Arbeiter bedeutet reichlicher Schneefall also gewissermaßen Manna vom Himmel. Eine herrlich-„göttliche" Weltordnung! Und auf uns, die wir sie durch eine bessere ersetzen wollen, schimpft man!

Eine saubere Ordensschwester.

Die Oberin des Kinderheims des Dresdener Vinzenzius Vereins, die Ordensschwester Lätitia (Bertha Marie Ulbricht aus Wittendorf in Schlesien hatte sich wegen gefährlicher Körperverletzung vor dem Dresdener Schöffengericht zu verantworten. Das Kinderheim des Vinzenzius-Vereins zu Dresden ersetzt verwahrlosten und Waisenkindern das Elternhaus. Am 15. Mai geriet nun die Oberin, Ordensschwester Lätitia, über angebliche Ungezogenheiten der zwölfjährigen Elsa Wengler in große Wut. Sie begab sich in die Arbeitsstube der Mädchen, nahm einen Rohrstock und schlug blindlings auf das elternlose Kind zu. Die Schläge fielen auf den Rücken, die Hände, trafen auch den Kopf und hinterließen auf den Handrücken Striemen. Als die Schwester der Geschlagenen angesichts der der letzteren zuteil werdenden Behandlung in heftiges Schluchzen ausbrach, wurde auch diese von der Oberin vorgenommen und mit Ohrfeigen traktiert! Gegen die Oberin liefen im Laufe des letzten Jahres viele Anzeigen wegen Ueberschreitung des Züchtigungsrechtes ein, sodaß schließlich die Leiterin des Kinderheims vorzog, ihr Amt als Oberin niederzulegen. Sie steht jetzt im 56. Lebensjahre und lebt zur Zeit in Reguitz in Schlesien. Die Oberin hatte eine seltsame Erziehungsmethode. Sie wollte nämlich den Kindern die Bettnässe durch Schläge abgewöhnen, ein ganz verkehrtes Verfahren, wie gerichtlich seitig betont wurde. Die vom persönlichen Erscheinen entbundene (!) Oberin wurde wegen gefährlicher Körperverletzung zu der der Art und Höhe nach auffallend niedrigen Geldstrafe (!) von 100 Mk. oder im Uneinbringlichkeitsfalle zu 10 Tagen Gefängnis vom Dresdener Schöffengericht verurteilt.

Nicht alle Dresdener Richter (siehe an anderer Stelle) urteilen so milde!

Brieg, 2. Januar. Immer mehr Streik-Urteile! Der verflossene Maurerstreik fordert immer neue Opfer! Mit unfaßbar strengen Urteilen geht die hiesige Strafkammer gegen diejenigen vor, die während des Streiks in irgend einer Weise den nützlichsten Elementen des Staates, den Arbeitswilligen, zu nahe getreten waren. Ueber die letzten Verhandlungen wird uns berichtet:

Am 29. Dezember stand der Maurer August Jünschke aus Breslau, der Maurer Maltze aus Brieg und Maurer Reimann aus Rahlau vor der Strafkammer, um sich wegen Streikvergehen zu verantworten. Jünschke stand im Juni in Brieg auf dem Bahnhofe Streikposten. Als ihm der Schutzmann Feih dies verbieten wollte, machte ihn Jünschke aufmerksam, daß Streikpostenstehen erlaubt sei. Feih nahm darauf Jünschke beim Kragen und wollte ihn abführen! Darauf sollte Jünschke den Schutzmann angeblich gestoßen haben. Rechtsanwalt Simon-Breslau wies nach, daß der Polizeisergeant dazu da sei, die Ruhe aufrecht zu erhalten, aber nicht, Streikposten wegzuweisen. Das Urteil lautet gegen Jünschke auf zwei Monate Gefängnis, gegen Maltze wegen Bedrohung des Maurers Scholz auf 14 Tage Gefängnis. Reimann wurde freigesprochen.

Bereits eine Woche vorher hatte man wieder unseren Genossen Kramer wegen angeblichen Streikvergehens vor den Kadi zitiert. Darüber wird uns geschrieben:

Freitag, den 22. Dezember, stand wiederum der Maurer Karl Kramer aus Klein-Leubusch vor der Strafkammer in Brieg und wurde zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt! Der Angeklagte sollte am 15. Mai während des Streiks in Brieg die Arbeiter Sofa und Bär „bedroht" haben. Die Sache wurde schon im August einmal verhandelt und der Staatsanwalt brachte damals drei Monate Gefängnis in Vorschlag. Auf Antrag des Angeklagten wurde die Sache vertagt, weil der Angeklagte jede Schuld bestritt und an diesem Tage überhaupt die betreffenden Kläger nicht gesehen zu haben angab. Obwohl jetzt acht Zeugen bekundeten, daß es dem Angeklagten tellung. Rechtsanwalt Simon aus Breslau wies nach, daß unmöglich gewesen sei, den betreffenden Tag aus dem Streikbureau zu gehen, weil 37 Maurer mit dem 10 Uhr 40 Minuten-Zuge weggefahren seien, kam das Gericht trotzdem zur Verur- Sofa und Bär sich jedesmal selbst widersprochen haben, schon bei der polizeilichen Vernehmung hätten sie irrige Aussagen gemacht. Er hielt die Unschuld des Angeklagten für erwiesen und trat für Freisprechung ein. Der Staatsanwalt beantragte einen Monat Gefängnis. Das Urteil lautete auf 14 Tage Gefängnis.

In einer weiteren Sache gegen Genossen Jünschke war vom Schöffengericht Ohlau auf zwei Wochen Gefängnis erkannt, weil J. zu einem in Ohlau arbeitenden Maurer gesagt hatte: „Weißt Du nicht, was Du zu tun hast? Ich will Dir nicht ab oder zureden, aber laß Dich nicht in Breslau sehen!" Das Gericht nahm die Aeußerung als „Drohung" an und erkannte auf obige Strafe. Die Berufung wurde verworfen.

Auch diese Urteile werden nicht verhindern, die Arbeiter Briegs und Umgegend der Sozialdemokratie zuzuführen. Für jeden Tag Gefängnis muß jeder Arbeiter, jede Arbeiterin zehn neue Abonnenten der „Volkswacht" und zehn neue Mitglieder für seine Organisation zu suchen trachten. Das ist einstweilen die beste Antwort!

Hirschberg, 2. Januar. Eine verkrachte Ordnungssäule. Vor der hiesigen Strafkammer hatte sich am Sonnabend der als große patriotische Ordnungsstütze berühmte Kaufmann Cornelius Anders von hier zu verantworten. Anders, der langjähriger Reisender der Firma G. und M. Ruppert in Herischdorf war, sollte bekanntlich der Firma über 30,000 Mark veruntreut haben. Die Anfang November erfolgte Verhaftung des A. erregte gewaltiges Aufsehen, da er überall das größte Ansehen genoß und besonders im Kriegervereinsleben der hiesigen Gegend eine große Rolle spielte. Ueber die Verhandlung berichtet der „Bote" unter anderem:

Bei seiner Vernehmung gibt A. an, daß er, nachdem er in zwei Geschäften, die er hier eröffnete, sein Geld und das der Frau verloren hatte, am 29. Februar 189[illegible] als Reisender in die Firma Ruppert eintrat. Er erhielt zunächst 1500 Mark Gehalt, das im Laufe der Jahre auf [illegible] Mark [illegible] stieg. Außerdem erhielt er [illegible]geschenke, [illegible] in den letzten Jahren [illegible] Mark [illegible]. Ferner erhielt A. Vertrauensspesen, [illegible] für die Reisen in hiesiger Gegend [illegible] in der Provinz 15 bis 17 Mark pro Tag betragen. [illegible] beantragt, er habe aber viel mehr Spesen gebraucht und [illegible] Tag mindestens 4 bis 5 Mark aus seinem eigenen [illegible]. Dabei seien ihm noch von seiten der Firma wiederholt Vorwürfe über zu hohe Spesen gemacht worden. [illegible] 1893 oder spätestens Anfang 1894 habe er, um [illegible] an den Zetteln zu [illegible], der Firma gehörige Gelder für sich verwandt. Die veruntreute Summe sei dann [illegible] von Jahr zu Jahr größer geworden und er habe [illegible], da er kein Geld habe [illegible] Geld zu erstatten. Er habe immer gehofft, daß er durch irgend einen günstigen Umstand, so zum Beispiel einen Lotteriegewinn, in die Lage versetzt werde, die Summe zu ersetzen. [illegible] habe er im Jahre 1897 das [illegible] gut gegangen sei, [illegible] seien nur 700 Mark in dieses [illegible] die Handlungsbüchern [illegible] Teil der veruntreuten Summe [illegible] verwandt, das müsse er zugeben, aber der allergrößte Teil sei auf die Spesen draufgegangen. [illegible] habe er in der letzten Zeit, da die Kinder [illegible] den Lebensunterhalt für [illegible] nicht bestreiten können. Als das verschwundene Kapital [illegible] seiner Frau hingekommen ist, wisse er nicht, jedenfalls habe er es nicht weggebracht. Nachträglich haben [illegible] Mark [illegible] festgestellt, die Angeklagter [illegible].

[illegible] Ruppert, der Inhaber der geschädigten Firma, bekundet, daß er dem Angeklagten Vertrauen geschenkt habe, nicht [illegible] Angestellten, sondern mit einem [illegible]. Er habe ihm, der doch als Vorsitzender des Vereins ehemaliger Königsgrenadiere und auch sonst allgemeines Ansehen genoß, zu Regimentsfesten [illegible] einen solchen Vertrauensmißbrauch zugetraut. Der Angeklagte habe sich immer den Anschein eines besonders [illegible] gegeben. Ueber die Höhe der gemachten Spesen seien ihm nie besondere Vorhaltungen gemacht, jedenfalls seien sie immer bezahlt worden. A. habe bis [illegible] Mark Tagesspesen [illegible] und er, der Zeuge, halte es für gänzlich ausgeschlossen, daß er die veruntreute Summe auf Spesen verwandt habe. Der Zeuge ist vielmehr der Ueberzeugung, daß der Angeklagte noch heute Geld hinter sich hat. — Kaufmann [illegible], der als Sachverständiger vernommen wird, hat die Geschäftsbücher der Frau im Auftrage der Anklagebehörde nachgeprüft, hat aber, da das Kassabuch fehlte, nicht bestimmt feststellen können, wieviel Geld vom Angeklagten in das Geschäft der Frau geflossen ist. Viel kann es aber nach Ansicht des Sachverständigen nicht gewesen sein!

Kaufmann Paul Cassel ist Konkursverwalter über das Vermögen des Angeklagten. Er hat keinen Anhalt gefunden, daß Angeklagter noch Geld hinter sich hat. Weiter hat der Sachverständige aus den Büchern der Firma Ruppert festgestellt, wieviel Spesen der Angeklagte erhalten hat. Danach hat er durchschnittlich ca. 12 Mark pro Tag bekommen, einen Satz, den er als niedrig bezeichnen müsse. Daß der Angeklagte an den Spesen verdient habe, sei gänzlich ausgeschlossen. (Dies hatte der Zeuge Ruppert behauptet.) Allerdings sei wohl auch die Behauptung des Angeklagten, er habe täglich 4 bis 5 Mark zu den Spesen zugelegt, sehr unwahrscheinlich. Der Sachverständige hat aus den Büchern der Firma Ruppert nicht feststellen können, wie hoch sich der von dem Angeklagten erzielte Umsatz belief. — Der dritte Sachverständige, Kaufmann Forkel von hier, schließt sich im Wesentlichen den Ausführungen des Herrn Cassel an. — Auf die Vernehmung aller weiteren Zeugen wird von allen Prozeßbeteiligten verzichtet. — Der Staatsanwalt kritisiert scharf das Verhalten des Angeklagten, der sich eines sehr groben Vertrauensbruches schuldig gemacht habe. Er habe nicht aus Not gehandelt, sondern hätte sich eben nach der Decke strecken müssen. Das Objekt sei auch ein ganz erhebliches und infolgedessen beantrage er trotz der bisherigen Unbestraftheit des Angeklagten 1½ Jahr Gefängnis und, da Angeklagter auch eine ehrlose Gesinnung gezeigt, 2 Jahre Ehrverlust. Der Verteidiger führt demgegenüber aus: Mit 3000 Mark Gehalt eine Familie von 7 Kindern anständig zu erhalten, sei doch bei den heutigen Verhältnissen sehr schwer. (!) Dann müsse man doch auch noch berücksichtigen, daß die Firma durch ihre sehr mangelhafte Kontrolle einen Teil der Schuld mit an den Verfehlungen des Angeklagten treffe. Bei mangelhafter Kontrolle werde eben der beste und treueste Angestellte zur Unredlichkeit verführt. (!)

Das Urteil des Gerichtshofes lautete wegen Unterschlagung in einheitlichem Zusammenhang mit Untreue auf ein Jahr sechs Monate Gefängnis und zwei Jahre Ehrverlust. Von der Strafe wurden zwei Monate als durch die erlittene Untersuchungshaft für verbüßt erachtet. Der Antrag, den Angeklagten aus der Haft zu entlassen, wurde abgelehnt. Wie der Vorsitzende in der Urteilsbegründung ausführt, hat der Gerichtshof angenommen, daß der Angeklagte von den fehlenden 33,000 Mark etwa 15,000 Mark für sich verwandt, das übrige Geld aber zu Geschäftsspesen verbraucht habe. Nur bezüglich der 15,000 Mark liege Untreue und Unterschlagung vor, nicht aber bezüglich der anderen Summe. Es liege von Seiten des Angeklagten ein sehr grober Vertrauensbruch vor und er habe die Unterschlagungen jahrelang betrieben, infolgedessen mußte, zumal auch das Objekt ein sehr hohes ist, auf eine nicht zu niedrige Strafe erkannt werden. Bei der bekundeten ehrlosen Gesinnung war auch auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte zu erkennen.

Liegnitz, 30. Dezember 1905. Handwerker unter sich! Eine nette Geschichte, die zeigt, wie sich unsere biederen Zünftler gegenseitig übers Ohr zu hauen suchen, kommt jetzt ans Tageslicht. Die Fleischlieferung für das hiesige Regiment wird jährlich in zwei Losen vergeben, und zwar das eine Los für Schweinefleisch und Wurst, das andere für Rindfleisch und andere Fleischsorten. An jedem Lose sind zwei Fleischermeister beteiligt. Die vier hatten sich nun geeinigt, daß sie ihre Offerten wieder so abgeben wollten, wie bisher. Trotz dieser Abmachung unter sich hatten aber die beiden Meister, die das Schweinefleisch lieferten, noch extra eine Offerte auf Rindfleisch abgegeben, und zwar mit bedeutend niedrigerem Ansatz als die anderen Fleischer. Sie haben auch den Zuschlag erhalten. Die auf diese Weise kaltgestellten anderen beiden Fleischer erhoben gegen diese Art der Preisdrückerei Beschwerde bei der Intendantur des 5. Armeekorps, und diese machte den Unterbietern einen Strich durch die Rechnung, indem sie entschied, daß für ein derartiges Angebot gute Ware nicht geliefert werden könne und daß also die Rindfleischlieferung den anderen Meistern zugeschlagen werden müsse.

Wenn die Intendantur nicht diese vernünftige Ansicht gehabt hätte, so wäre den Soldaten eben minderwertiges Fleisch geliefert worden. Außerdem zeigt dieser Vorgang wieder, daß die Innungsbrüder kein Mittel scheuen, sich zu bereichern, sei es auf welche Art immer, und daß Kollegialität und Solidarität in jenen Kreisen nur dann zu finden sind, wenn es gilt, den Arbeitern eins auszuwischen!

Liegnitz, 29. Dezember. In einen Gewissenskonflikt geriet ein hiesiger aufgeklärter Arbeiter, als er kürzlich vor Gericht der mittelalterlichen Einrichtung des Schwörens unterworfen wurde. Als nämlich, so melden die Blätter, in der Strafsache wider Ritter ein Zeuge (Zigarrenarbeiter) eidlich vernommen werden sollte, verweigerte er die Eidesleistung. Auf die Frage des Vorsitzenden: warum? gab er als Grund an, er glaube an keinen persönlichen Gott. Er wurde vom Vorsitzenden aufgeklärt, daß er nach dem noch heute zu Recht bestehenden Gesetz den Eid leisten müsse, gleichviel, welche religiösen Ansichten er habe, — ob er an Gott glaube oder nicht, — wenn nicht ganz besondere Gründe vorlägen, und auch auf die Folgen der Eidesverweigerung aufmerksam gemacht. Jetzt verstand sich der Zeuge dazu zu schwören.

Tausenden von Freidenkern und Sozialisten ergeht es ebenso. Ueberall in Deutschland besteht die mit religiösen Zeremonien verbrämte Eidespflicht, eine Einrichtung, die schon im vorigen Jahrhundert veraltet war. Erst die sozialistische Gesellschaft wird auch mit diesem Gewissenszwang aufräumen. Denn selbst wenn es dann noch Leute gäbe, die ein religiöses Bedürfnis hätten, so würden sie selbstverständlich nicht mehr die Macht haben, die Ungläubigen zu zwingen, „bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden" zu schwören!

Löwenberg, 30. Dezember 1905. Wo die Aufklärung fehlt... Aus dem sehr frommen, von der Sozialdemokratie leider noch nicht eroberten Deutmannsdorf berichtet der „Bote a. d. R.":

Während der Christnachtfeier am Sonntag Abend ereignete sich in unserer evangelischen Kirche ein eigenartiger Zwischenfall. Als Herr Pastor Reichert den liturgischen Teil des Gottesdienstes abhielt, hielt sich rechts seitwärts vom Altar ein fremder Mann auf, der nach einigem Zögern bis an den Altar herantrat, ein Predigtbuch sehr großen Formats nebst drei kleineren Büchern aufschlug und dann niederkniete, jedenfalls um zu beten. Ehe noch eine eigentliche Störung des Gottesdienstes stattfinden konnte, wurde der Mann von den Kirchendienern, ohne weiter viel Aufsehen zu erregen, entfernt. Wie dem Einsender bekannt geworden, sind ähnliche Vorfälle während der Christnachtfeier früher schon in den Kirchen zu Löwenberg und Schlawa usw. vorgekommen, so daß man annehmen kann, die Ursache zu ihnen in einem alten schlesischen Aberglauben zu suchen, nach welchem derjenige, der am Altar während der bezeichneten Feier ein Gebet unter gewissen äußeren Formen und ohne weiter gehindert zu werden verrichte, im kommenden Jahre von einem schweren Leiden erlöst werden oder dem sonst ein Wunsch bestimmt in Erfüllung gehen werde.

Wenn es unseren Genossen erst gelungen sein wird, auch den Kreis Löwenberg zu erobern, dann werden auch die Kranken wissen, daß ein Arzt mehr hilft, als derartige abergläubische Experimente.

Sprottau, 2. Januar. Weitere Nachklänge vom Bankkrach. Vor einigen Tagen hatte sich vor dem Amtsgericht der Schlußakt eines Dramas abgespielt, durch das eine hiesige Familie als Opfer der Bankaffaire Kistenmacher vernichtet worden ist. Der „B." berichtet darüber: Einst zu den wohlhabendsten Rentierfamilien, von denen einzelne Glieder in älterer Zeit sogar einflußreiche Aemter in der Kommunalverwaltung bekleidet haben, gehörig, hatte infolge starker pekuniärer Verwickelungen mit der Schwindelbank Kistenmacher der Gerichtsvollzieher bereits seines grausamen Amtes walten und die hochherrschaftliche Wohnung bis auf das minderwertigere Möblement ausräumen müssen. Und heute kam das imposante, in der Bahnhofstraße gelegene Hausgrundstück mit großem Garten, das in weiterer Folge jener unglückseligen Verwickelungen in letzter Zeit bis auf über 92,000 Mark mit Hypotheken belastet worden war, unter den Hammer; es wurde mit einem Höchstgebot von 39,510 Mark erstanden. Damit hat nun eine alteingesessene, einstmals notorisch wohlhabende Familie den Laufpaß von Haus und Hof erhalten. Außerdem sind noch nahezu 53,000 Mark ausgefallene Hypotheken zu beklagen. So wird das hiesige wirtschaftliche Leben Schlag auf Schlag durch die Affäre Kistenmacher erschüttert. Aber auch Frau Kistenmacher wird noch in unangenehmer Weise in die Angelegenheit hineingezogen. Die Untersuchungsbehörde hat ermittelt, daß sie als die Inhaberin der Geschäftsprokura nicht ganz unbeteiligt an den Schwindelpraktiken ihres Mannes gewesen sein soll, sodaß sich die Staatsanwaltschaft genötigt gesehen hat, auch gegen Frau Kistenmacher das Strafverfahren einzuleiten.

Kleine provinzielle Nachrichten.

In **Strehlen** verunglückten im Steinbruche die Steinarbeiter Baucke und Hänsel aus Gambitz beim Bohren eines Sprengloches dadurch, daß ein altes Bohrloch, in welchem sich noch „Schedit" befand, plötzlich explodierte und die beiden erheblich verletzte. Baucke wurde hauptsächlich an den Händen, im Gesicht und im Unterleibe von den herumfliegenden Steinen schwer getroffen und ca. 5 Meter weit fortgeschleudert. Zum Glück ist es für beide, daß die Ladung keine vollständige war, sonst hätten sie sicher ihr Leben mit dem Tode bezahlen müssen, und die in der Nähe arbeitenden Kollegen jedenfalls mit verletzt. — In **Bromberg** wurde der Sohn des Direktors der Blumwe'schen Maschinenfabrik, Aktien-Gesellschaft, Zschalig in Prinzenthal mit seiner Geliebten auf dem Sofa sitzend tot vorgefunden. Der herbeigerufene Arzt konstatierte bei beiden Vergiftung durch Cyankali. Beide haben Selbstmord aus unglücklicher Liebe begangen. — Die Verhandlung in der Strafsache gegen den Landgerichtsrat Blumberg aus **Beuthen** und Genossen, unter denen sich auch der oftmals vorbestrafte Agent Wagner aus Königshütte befindet, findet in den Tagen des 22., 23., 24. Januar vor der Strafkammer in Beuthen statt. B., der durch wucherische Manipulationen gewisser oberschlesischer Agenten und Agentinnen in tiefe Schuldenlast geraten war, hat sich verschiedene Betrügereien gegenüber seinen Gläubigern zu schulden kommen lassen. Die Stationsassistentenfrau Klär, die sich als Finanzgenie einen Namen in Oberschlesien gemacht hat, wird als Zeugin auftreten. — Ein donnerähnlicher Knall versetzte die Einwohner des Urbanczyk'schen Hauses und benachbarter Häuser zu **Zaborze-Poremba** in eine furchtbare Aufregung. Die Einwohner flüchteten auf die Straße, weil das ganze Haus erzitterte, das Mobiliar wankte und über 22 Scheiben in Trümmer gingen. Es stellte sich bald darauf heraus, daß gegen das Urbanczyk'sche Haus eine Dynamitpatrone geschleudert wurde, welche aber ihr Ziel verfehlte, im Garten zu Boden fiel und dort explodierte. Von Personen ist zum Glück niemand verletzt worden. Von dem „Attentäter" fehlt bis jetzt jede Spur. — Graf Bininski hat gegen das Urteil der Strafkammer **Schneidemühl**, die ihn wegen Falschspielerei zu drei Monaten Gefängnis verurteilte, Revision eingelegt. — Die Ober-wittigtaler Maschinenfabrik und Eisengießerei in **Raspenau** (Aerochroe) ist vollständig niedergebrannt; der Schaden ist bedeutend. Der in **Striegau**, Bahnhofstraße 26, wohnhafte Architekt Runge unternahm in der Sonnabendnacht einen Selbstmordversuch, indem er die Gasröhre in seiner Wohnung öffnete und das ausströmende Gas einatmete. R., den pekuniäre Schwierigkeiten zu dem Schritt getrieben haben sollen, wurde besinnungslos aufgefunden, aber noch so rechtzeitig, daß Wiederbelebungsversuche Erfolg hatten. R. ist Mitinhaber des Baugeschäfts Kluge und Runge. — Tödlich verunglückt ist am Sonnabend in der Stuhlfabrik **Striegau** der Maschinenarbeiter August Assert aus Teichau. Beim Hobeln von Stuhlfüßen mit der Maschine wurde ein Stück Holz zurückgeworfen und flog dem Assert an den Kopf. Die Folge war ein Bluterguß ins Gehirn, was noch am selben Tage den Tod herbeiführte.

Vermischtes.

Gegen die Todesstrafe hat sich jüngst der Gouverneur von Kansas sehr scharf und entschieden ausgesprochen. In den Vereinigten Staaten wird die Todesstrafe am Galgen, im elektrischen Stuhl oder — auf dem Lynchwege vollzogen. Bei der letzteren Art werden noch die größten Grausamkeiten verübt, besonders im Süden, wenn ein Neger gelyncht wird; da verbrannte man das Opfer bei lebendigem Leibe und eine blutdürstige, rachgierige Menge weidet sich an den Qualen des Hingerichteten. Nachträglich hört man dann viel von Protesten gegen solche Scheußlichkeiten, die sich trotzdem oft wiederholen. Gegen den gesetzlichen Mord, die Todesstrafe, sind die Proteste sehr selten und verdienen registriert zu werden. Vor kurzem wurde im Staat Vermont eine Frau gehängt und dagegen erhob sich ein zehntausendstimmiger Protest, aber nur deshalb, weil es gerade eine Frau war. Gegen die Hinrichtung von Männern hat man in Vermont ebensowenig einzuwenden, wie anderwärts. — Es erregte Aufsehen, daß Gouverneur Hoch von Kansas sich weigerte, ein Todesurteil zu bestätigen und seine Haltung mit folgenden Gründen erklärte: „Ich würde lieber von meinem Amte zurücktreten, ehe ich ein Todesurteil vollstrecken ließe, mag der Verurteilte ein Mann oder eine Frau sein. Das Hängen, ob es gesetzlich ist oder nicht, ist ein Ueberbleibsel der Barbarei. Die Menschen haben in der Weltgeschichte schon die grauenhaftesten Formen der Folter erdacht und angewandt. Menschen wurden in Oel gesotten; man rollte sie in Fässern mit eingeschlagenen Nägeln; man streckte ihre Glieder, bis sie auseinanderrissen; man hat Menschen aufs Rad geflochten usw. Von diesen Foltern hat sich der Galgen bis auf den heutigen Tag vererbt. — Wenn ein Mann oder eine Frau eine andere Person umbringt und deshalb verurteilt wird, würde ich nicht zögern, den Verurteilten in eine Zelle zu stecken und den Schlüssel in der Zellentür umzudrehen. Ich würde vielleicht sagen: Du bist eine Gefahr für die Gesellschaft und mußt eingesperrt werden, damit Du kein ähnliches Verbrechen mehr begehen kannst, aber mich in irgend einer Form an der gesetzmäßigen Hängerei zu beteiligen, das könnte ich niemals tun."

Von einer Hofbühne. In ein fürstliches Hoftheater war ein neuer Intendant eingezogen.

Eines Tages kam sein Schauspieldirektor mit Vorschlägen zu ihm und erklärte: „Es ist dringend notwendig, daß Kleist mehr berücksichtigt wird als bisher."

„So?" meinte Seine Exzellenz, „geht's dem armen Kerl so schlecht?"

(Aus Nr. 52 der Jugend.)

Festsetzungen der städtischen Markt-Notierungs-Kommission.

Breslau, 30. Dezember.

Pro 100 Kilogramm

	gute		mittlere		geringere Sort.	
	höchst	niedr.	höchst	niedr.	höchst	niedr.
Weizen, weißer	17.40	16.60	16.40	16.00	15.90	15.50
Weizen, gelber	17.30	16.50	16.40	16.00	15.90	15.50
Roggen	15.70	15.10	15.00	14.80	14.70	14.50
Braugerste	16.00	15.60	15.50	15.00	—.—	—.—
Gerste	14.50	14.10	14.00	13.60	13.50	13.00
Hafer	14.90	14.40	14.30	13.90	13.80	13.40
Viktoria-Erbsen	20.50	19.50	18.50	17.50	16.50	15.50
Erbsen	18.00	17.50	16.30	15.30	14.50	14.00

Heu pro 50 Kilogramm 2.10—2.40 Mk.

Stroh, pro Schock 24.00—26.00 Mk.

Winterraps 23.20—21.20—19.20 Mk.

Breslauer Mehlmarkt. Mehl ruhig, per 100 Kilogr. inkl. Sack brutto, Weizenmehl 00 ruhig, 23.25—24.25 Mk. Roggenmehl 00 ruhig, 22.75—23.25 Mk. Roggen-Hausbacken ruhig, 22.50—22.75 Mk. Roggen-Futtermehl fester, 10.75 bis 11.25 Mk. Weizenkleie fester, 10.25—10.75 Mk.